

Das grosse Chancenplakat

Zukunftscheck: Wie chancenorientiert ist die Schweiz?

CHANCENBAROMETER
2022

Drei Take-aways



Herausforderungen mit Chancenpotenzial

Die Themen des 21. Jahrhunderts bergen Chancen für positive Veränderungen. Immer mehr Menschen sehen die Klimakrise, Herausforderung Nummer eins, aber auch als Chance, unser Leben und Arbeiten zu überdenken und neu zu gestalten. Die Zuwanderung hingegen wird, ebenso wie Pandemien, von weniger Menschen als Problem und gleichzeitig als Chance angesehen.



Voraussetzungen für die Nutzung der Chancen vorhanden

Das Vertrauen in politische Institutionen ist gross. Auch wird das Land als stabil angesehen. Und die Menschen schätzen die Möglichkeiten der Mitbestimmung. Dies ermöglicht eine nach vorn gerichtete Politik. Damit die Schweiz auch in Zukunft ihre Chancen optimal nutzen kann, braucht es eine konstruktivere Kommunikationskultur und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Wähler:innen sind für mutige Politik bereit

Schweizer:innen sind offen für Wandel. Je nachdem, wo sie politisch stehen, sehen sie mehr oder weniger Chancen. Ein Links-Rechts-Graben ist nicht zu erkennen. 65 Prozent der Wähler:innen der Grünen erkennen die Möglichkeiten in den Herausforderungen; nur 5 Prozent weniger sind es bei den Wähler:innen der SVP. Mehr Optimismus täte den Anhänger:innen der Mitte gut.

Die Schweiz kann mehr!



Jobst Wagner
Stiftungspräsident LARIX Foundation.
Innovation matters.
Initiant Strategiedialog 21.

Wir initiierten 2020 das Chancenbarometer in dem Bestreben, die Schweiz weiterzudenken und einen Beitrag zu leisten für eine Schweiz, die auch morgen erfolgreich ist. Das Chancenbarometer leistet einen empirischen Faktencheck zur Veränderungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung. Weg vom Sorgenfokus hin zu einer ermutigenden Chancenorientierung.

Befragt zu den grossen Themen Klima, Digitalisierung, Gesundheitssystem und Europa zeigt das Chancenbarometer auch 2022, dass Schweizer:innen veränderungsbereit sind und grosses Potenzial für positive Veränderungen mit den gegenwärtigen Herausforderungen verbinden. Diese Bereitschaft hat in den letzten Jahren zugenommen. Angesichts der Negativberichterstattung der Medien überrascht diese Botschaft – und ermutigt!

Der Fokus in diesem Jahr liegt auf Europa. Europa als geteilter Kulturraum, als Friedensprojekt und als Handelspartner. Die Schweiz liegt mitten in Europa und stellt selbst eine Art «Minieuropa» dar. Gleichzeitig tut sie sich schwer, ihre Rolle im europäischen Integrationsprojekt zu finden. Regierung, Gewerk-

schaften und Politik haben mit medialem Sukkors das Land in eine innenpolitische Blockade mit aussenpolitischer Paralyse manövriert.

Die geopolitischen Umwälzungen, vor allem der Ukrainekrieg, stellen die grösste Herausforderung für Frieden und Freiheit in Europa seit Langem dar. Vieles sortiert sich in hoher Geschwindigkeit neu. Europa als Verbund hat eine neue Bedeutung erlangt. Die Lähmung der Schweiz steht hierzu im krassen Gegensatz und gefährdet unser Erfolgsmodell. Die Beziehung zur EU ist auf dem Tiefpunkt. Deshalb: Klartext zu Europa! Pragmatismus statt Dogmatik, Aufklärung statt Tabus, Aktion statt Reaktion!

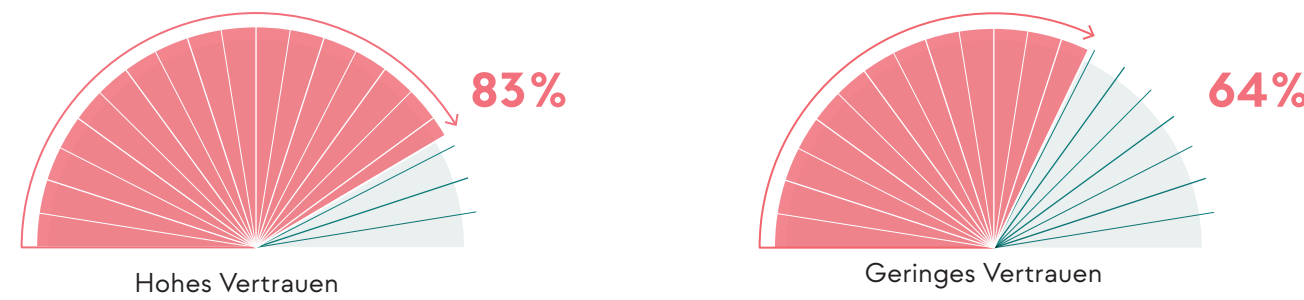
Unsere diesjährige Befragung zeigt unmissverständlich: Die Bürger:innen sind für eine Neugestaltung der Beziehungen zu Europa jenseits der Bilateralen offener, als die öffentliche Diskussion vermuten lässt. Es gibt Optionen für eine konstruktive, kreative Regelung der Beziehungen zur EU. Die Zeit drängt. Packen wir diese Chance!

Zutaten für Chancen-Land vorhanden

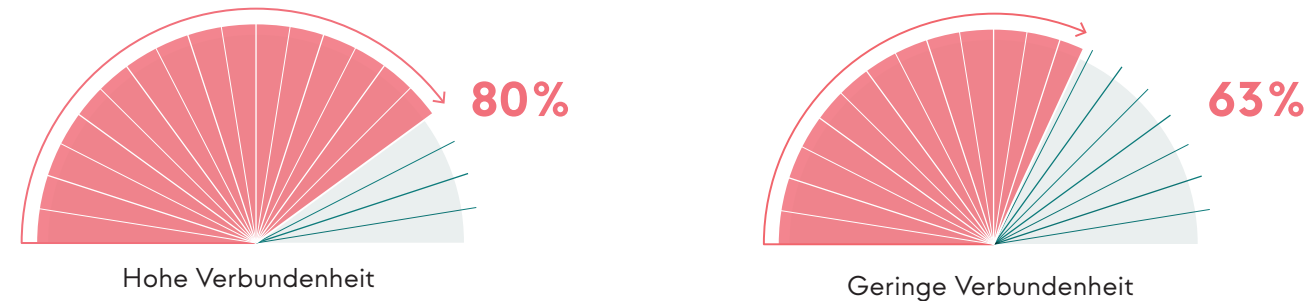
Schweizer:innen vertrauen der Politik, sie interessieren sich für ihr Land und sind mit ihm verbunden. Bei den Personen mit hohem Vertrauen ist der Anteil derjenigen, die grosse Chancen sehen, um 19 Prozentpunkte höher als bei denjenigen mit niedrigem Vertrauen. Verbundenheit und Interesse fördern ebenso den Chancenblick. Dieses Fundament ermöglicht eine Politik, die kreativ nach Lösungen sucht und mutig entsprechend handelt.

Anteil der Befragten, die grosse Chancen sehen, in Prozent.

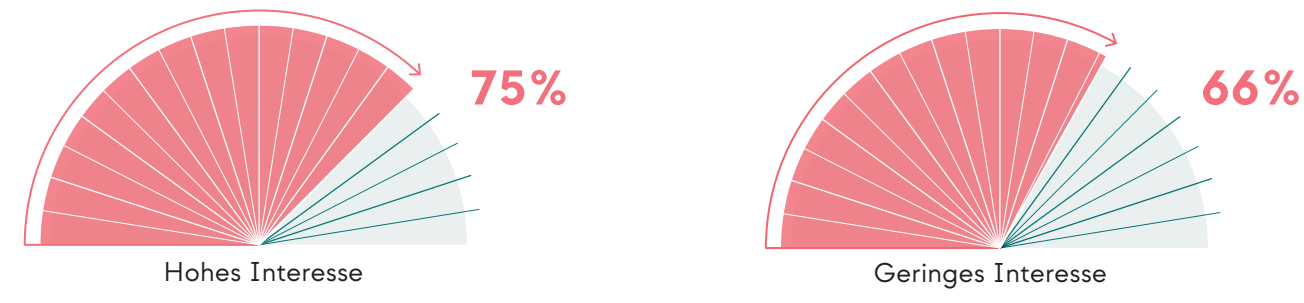
Vertrauen in politische Institutionen



Verbundenheit mit der Schweiz



Interesse an Schweizer Politik



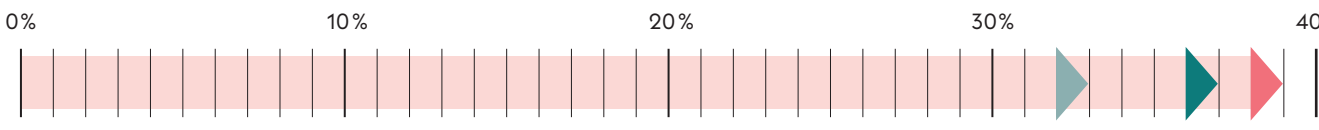
Mehr Mut in Familienpolitik gefragt

Was Innovation, Wettbewerbsfähigkeit oder Lebensqualität betrifft, gehört die Schweiz zur Spitze. Fast 80 Prozent der Befragten bestätigen, dass die Bedingungen für die Nutzung von Chancen grundsätzlich, wenn auch nicht voll und ganz, erfüllt sind. Das sind 3 Prozent mehr als im Vorjahr. Eine konstruktive Kommunikationskultur sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen jedoch nur 6 bzw. 8 Prozent als voll gegeben an. Ob die Schweiz an der Spitze bleibt, hängt davon ab, ob sie in diese Bereiche investiert. Sie befähigen die Einzelnen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren.

Zustimmung der Befragten («voll und ganz vorhanden»), in Prozent.

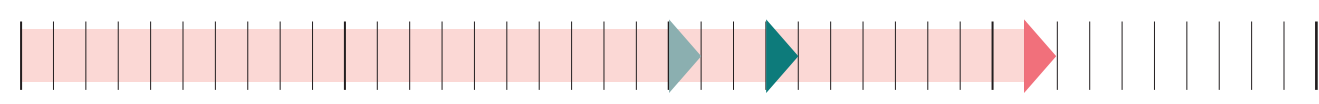
Stabilität

Politische Stabilität



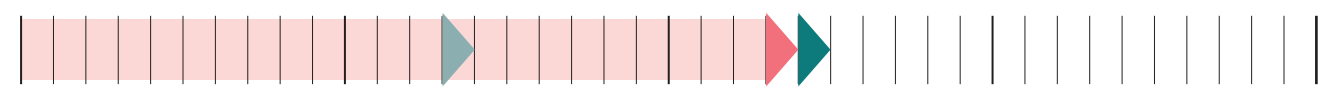
Mitbestimmung

Mitbestimmung der Bevölkerung



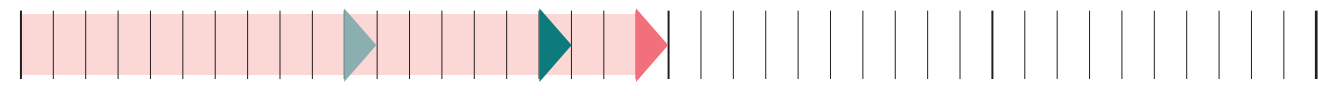
Bildung

Wettbewerbsfähiges Bildungssystem



Unternehmertum

Unternehmergeist



Familie

Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Kommunikation

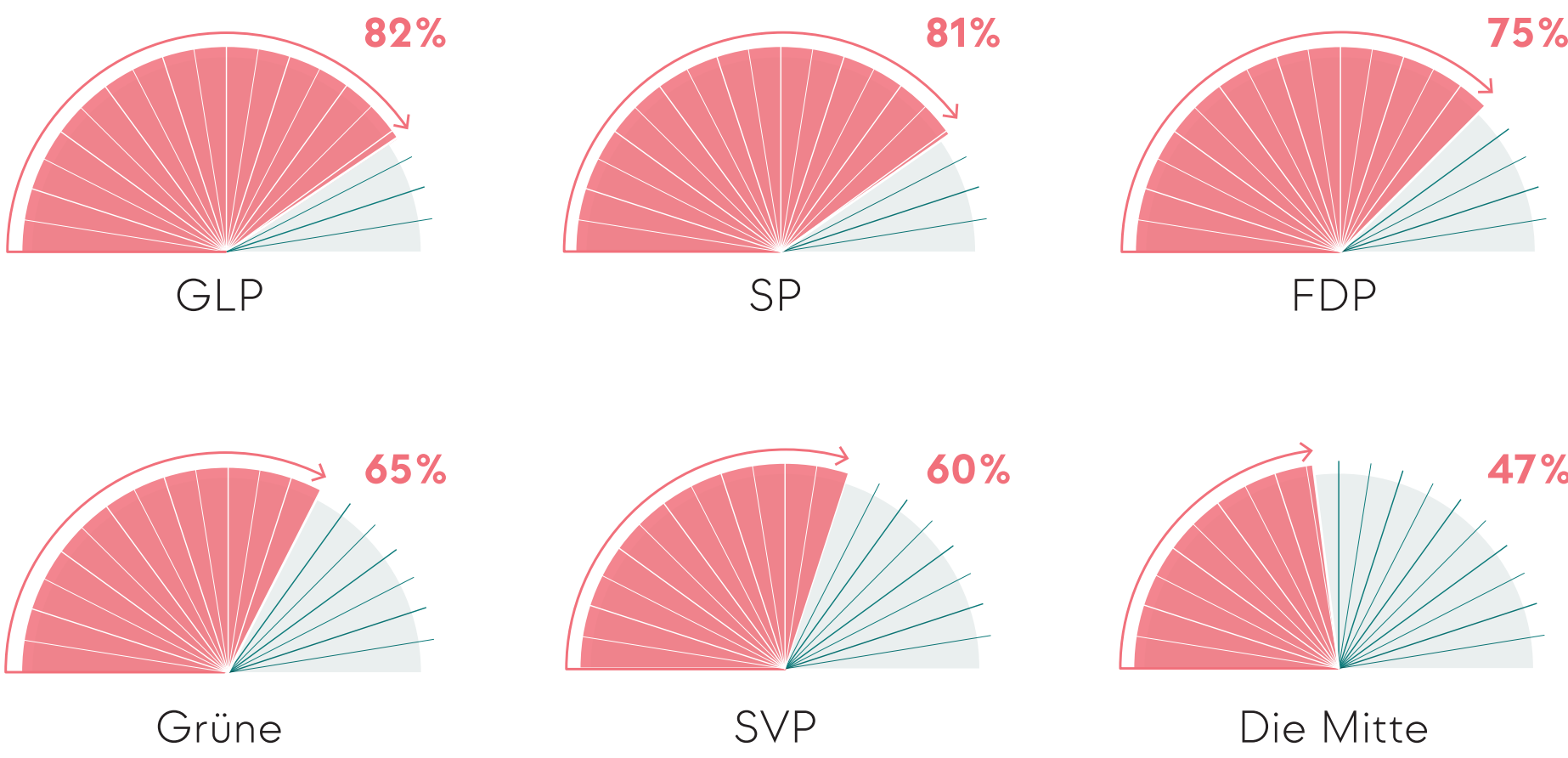
Konstruktive Kommunikationskultur



Der Chancenblick ist politisch neutral

Anhänger:innen (fast) aller politischen Parteien zeigen eine ausgeprägte Chancenorientiertheit. Vor allem GLP-, SP- oder FDP-nahe Personen sehen die Möglichkeiten in den Herausforderungen. Sie brauchen chancenorientierte Erzählungen, die ihnen politische Antworten emotional näherbringen und neue Perspektiven eröffnen. Kraftvolle Erzählungen, die sich einem Verharren im Status quo widersetzen, sind jedoch Mangelware. Es gilt Visionen der Schweiz als Chancen-Land zu entwickeln.

Anteil der Befragten, die grosse Chancen sehen, in Prozent.



Allen ihre Chancen – auch in der Krise



Karin Keller-Sutter
Bundesrätin, Justizministerin
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

Krisen stellen unsere liberale Demokratie auf die Probe. Corona zeigt uns, dass alle die Chance haben müssen, ohne Schaden durch die Pandemie zu kommen. Dies war der rote Faden, der die Entscheidungen des Bundesrates leitete. Es galt, das Virus zu bremsen, die Versorgung der Kranken sicherzustellen und die Wirtschaft zu unterstützen. All dies, ohne die Freiheit der Menschen unnötig zu beschneiden.

Freiheit bedeutet, sein eigenes Leben gestalten zu können. Jeder Mensch strebt nach seinen eigenen Zielen. Aber am Start müssen alle die gleichen Chancen haben – unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Das ist die Kernaufgabe des liberalen Staates. Gleiche Chancen sind unerlässlich, um Freiheit leben und Verantwortung übernehmen zu können. Es ist nicht einfach, in der Krise eine Chance zu sehen. Einigen von uns hat die Pandemie einen hohen Preis abverlangt. Andere haben die Chance genutzt und sich zum Beispiel beruflich neu orientiert. Auch der Staat muss in Krisen nach Chancen für das Land Aus-

schau halten. Corona hat der Schweiz einen Quantensprung in der Digitalisierung ermöglicht. Mein Departement trägt mit einem neuen E-ID-Projekt, der Digitalisierung des Notariats oder des Handelsregisters zu dieser Entwicklung bei.

Wenn Gewissheiten bröckeln, müssen wir nach Spielräumen Ausschau halten und unsere vollen Möglichkeiten nutzen. So ergeben sich aus einer Krise fruchtbare Wendungen.

Das grosse Chancenplakat

Zukunftscheck: Wie chancenorientiert ist die Schweiz?

CHANCENBAROMETER
2022

Drei Take-aways

Herausforderungen mit Chancenpotenzial

Die Themen des 21. Jahrhunderts bergen Chancen für positive Veränderungen. Immer mehr Menschen sehen die Klimakrise, Herausforderung Nummer eins, aber auch als Chance, unser Leben und Arbeiten zu überdenken und neu zu gestalten. Die Zuwanderung hingegen wird, ebenso wie Pandemien, von weniger Menschen als Problem und gleichzeitig als Chance angesehen.

Voraussetzungen für die Nutzung der Chancen vorhanden

Das Vertrauen in politische Institutionen ist gross. Auch wird das Land als stabil angesehen. Und die Menschen schätzen die Möglichkeiten der Mitbestimmung. Dies ermöglicht eine nach vorn gerichtete Politik. Damit die Schweiz auch in Zukunft ihre Chancen optimal nutzen kann, braucht es eine konstruktivere Kommunikationskultur und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wähler:innen sind für mutige Politik bereit

Schweizer:innen sind offen für Wandel. Je nachdem, wo sie politisch stehen, sehen sie mehr oder weniger Chancen. Ein Links-Rechts-Graben ist nicht zu erkennen. 65 Prozent der Wähler:innen der Grünen erkennen die Möglichkeiten in den Herausforderungen; nur 5 Prozent weniger sind es bei den Wähler:innen der SVP. Mehr Optimismus täte den Anhänger:innen der Mitte gut.

Die Schweiz kann mehr!



Jobst Wagner
Stiftungspräsident LARIX Foundation.
Innovation matters.
Initiant Strategiedialog 21.

Wir initiierten 2020 das Chancenbarometer in dem Bestreben, die Schweiz weiterzudenken und einen Beitrag zu leisten für eine Schweiz, die auch morgen erfolgreich ist. Das Chancenbarometer leistet einen empirischen Faktencheck zur Veränderungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung. Weg vom Sorgenfokus hin zu einer ermutigenden Chancenorientierung.

Befragt zu den grossen Themen Klima, Digitalisierung, Gesundheitssystem und Europa zeigt das Chancenbarometer auch 2022, dass Schweizer:innen veränderungsbereit sind und grosses Potenzial für positive Veränderungen mit den gegenwärtigen Herausforderungen verbinden. Diese Bereitschaft hat in den letzten Jahren zugenommen. Angesichts der Negativberichterstattung der Medien überrascht diese Botschaft – und ermutigt!

Der Fokus in diesem Jahr liegt auf Europa. Europa als geteilter Kulturraum, als Friedensprojekt und als Handelspartner. Die Schweiz liegt mitten in Europa und stellt selbst eine Art «Minieuropa» dar. Gleichzeitig tut sie sich schwer, ihre Rolle im europäischen Integrationsprojekt zu finden. Regierung, Gewerk-

schaften und Politik haben mit medialem Sukkurs das Land in eine innenpolitische Blockade mit aussenpolitischer Paralyse manövriert.

Die geopolitischen Umwälzungen, vor allem der Ukrainekrieg, stellen die grösste Herausforderung für Frieden und Freiheit in Europa seit Langem dar. Vieles sortiert sich in hoher Geschwindigkeit neu. Europa als Verbund hat eine neue Bedeutung erlangt. Die Lähmung der Schweiz steht hierzu im krassen Gegensatz und gefährdet unser Erfolgsmodell. Die Beziehung zur EU ist auf dem Tiefpunkt. Deshalb: Klartext zu Europa! Pragmatismus statt Dogmatik, Aufklärung statt Tabu, Aktion statt Reaktion!

Unsere diesjährige Befragung zeigt unmissverständlich: Die Bürger:innen sind für eine Neugestaltung der Beziehungen zu Europa jenseits der Bilateralen offener, als die öffentliche Diskussion vermuten lässt. Es gibt Optionen für eine konstruktive, kreative Regelung der Beziehungen zur EU. Die Zeit drängt. Packen wir diese Chance!

Impressum

Initiant und Trägerschaft

LARIX Foundation. Innovation matters.

Herausgeber

StrategieDialog21 und Institut für Politikwissenschaft, Universität St.Gallen

Projektleitung und inhaltliche Gesamterstellung

Prof. Dr. Tina Freyburg
Institut für Politikwissenschaft, Universität St.Gallen

Datenerhebung

Sozial- und Marktforschungsinstitut DemoSCOPE, Adligenswil

Redaktion und Kommunikation, inkl. Logoentwicklung

ESSENCE RELATIONS AG
Strategische Kommunikation für Unternehmen, Stiftungen und Führungspersonlichkeiten, Zürich und Bern

Informationskonzept und Design

Marina Bräm, viz. bybraem, Chur

Weitere Daten und Kontakt

www.chancenbarometer.com

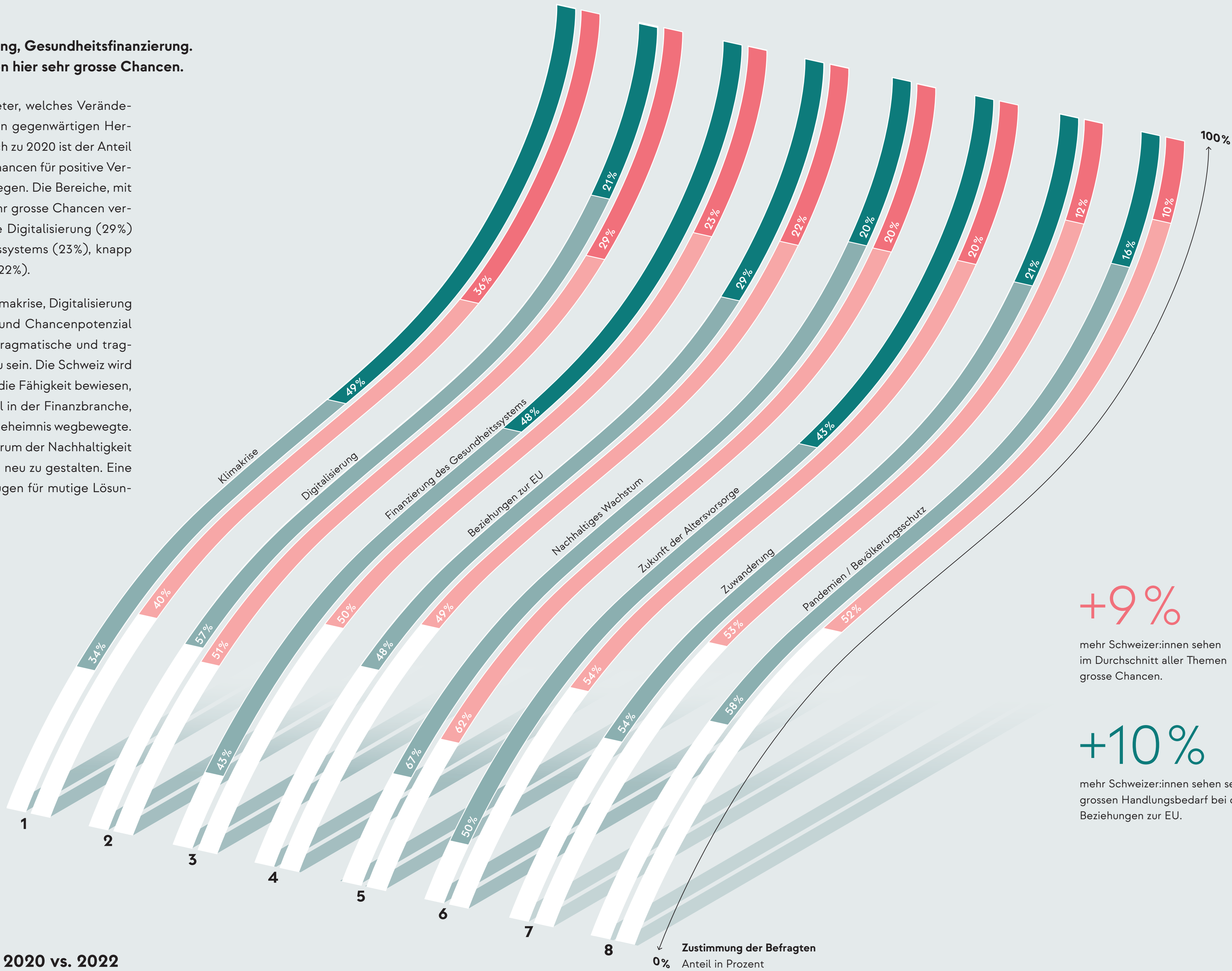
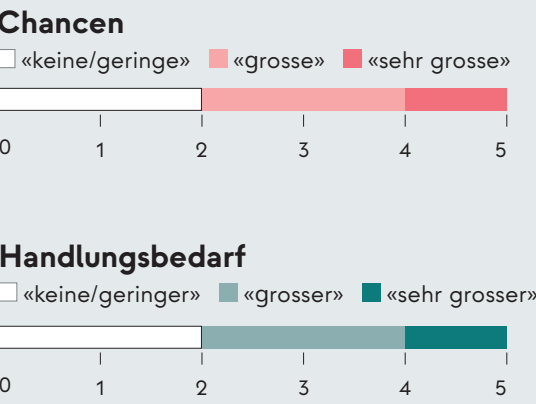


Die Schweiz sieht Chancen – Chancen machen Zukunft

Die Top 3: Klimakrise, Digitalisierung, Gesundheitsfinanzierung. Die meisten Schweizer:innen sehen hier sehr grosse Chancen.

Zum 3. Mal zeigt das Chancenbarometer, welches Veränderungspotenzial Schweizer:innen mit den gegenwärtigen Herausforderungen verbinden. Im Vergleich zu 2020 ist der Anteil der Schweizer:innen, die sehr grosse Chancen für positive Veränderungen sehen, um 9 Prozent gestiegen. Die Bereiche, mit denen die meisten Schweizer:innen sehr grosse Chancen verbinden, sind: die Klimakrise (36%), die Digitalisierung (29%) und die Finanzierung des Gesundheitssystems (23%), knapp gefolgt von den Beziehungen zur EU (22%).

Gerade bei den Herausforderungen Klimakrise, Digitalisierung und EU-Frage sind Handlungsbedarf und Chancenpotenzial gleichermassen hoch. Hier scheinen pragmatische und tragfähige Lösungen besonders machbar zu sein. Die Schweiz wird weltweit respektiert und hat mehrmals die Fähigkeit bewiesen, sich neu zu orientieren. So zum Beispiel in der Finanzbranche, als sich diese Finanzbranche vom Bankgeheimnis wegbewegte. Jetzt hat sie die Chance, zu einem Zentrum der Nachhaltigkeit zu werden und die Beziehungen zur EU neu zu gestalten. Eine Fokussierung auf Chancen kann die Augen für mutige Lösungen öffnen.



+9%

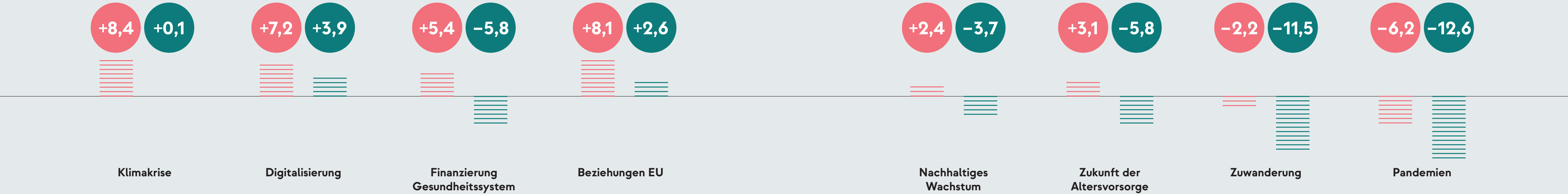
mehr Schweizer:innen sehen im Durchschnitt aller Themen grosse Chancen.

+10%

mehr Schweizer:innen sehen sehr grossen Handlungsbedarf bei den Beziehungen zur EU.

Jahresvergleich 2020 vs. 2022

Wahrnehmung von sehr grossen Chancen und sehr grossem Handlungsbedarf, in Prozentpunkten.

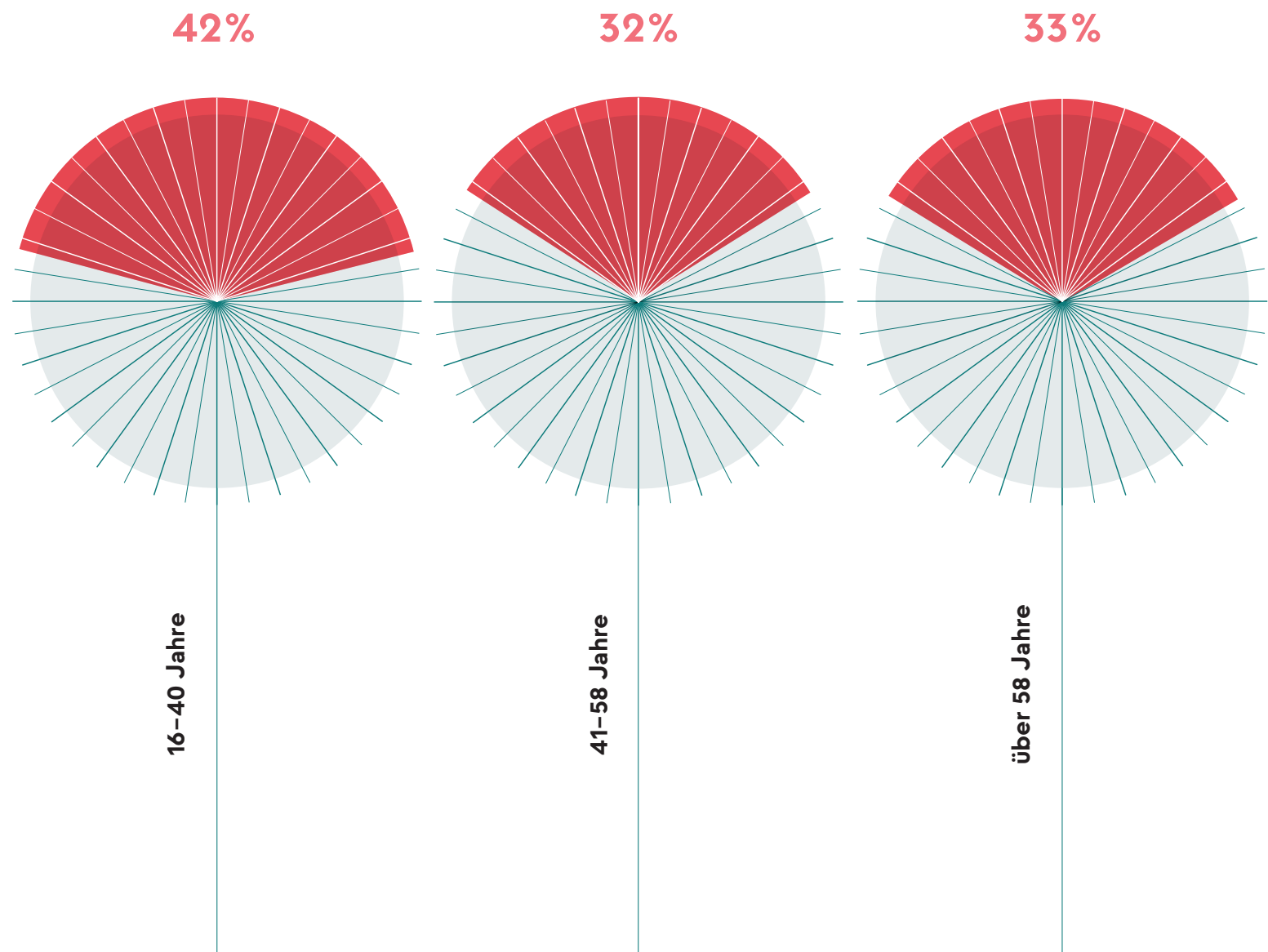


Die Schweiz als «Sustainability Valley»

Die Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft ist die Herausforderung unserer Zeit. Vor allem die Energieversorgung, die Landnutzung und die urbanen Räume müssen so gestaltet werden, dass eine klimaverträgliche Gesellschaft mit entsprechenden Produktions- und Konsummustern sowie Lebensstilen entstehen. Entsprechend ist die Klimakrise die Herausforderung, bei der am meisten Schweizer:innen (49%) sehr grossen Handlungsbedarf sehen. Sie ist auch der Bereich, mit dem immer

mehr Personen grosse Chancen assoziieren (+8.4 seit 2020). Vor allem Personen unter 40 Jahren glauben, Massnahmen zum Klimaschutz liessen sich so gestalten, dass sie die Schweiz voranbringen. Nötig sind Technologiesprünge, neue Wohlfahrtskonzepte, vielfältige soziale Innovationen sowie eine enge internationale Zusammenarbeit. Der Chancensblick der Schweizer:innen spornt nicht nur dazu an, den Wandel mutig anzupacken, sondern dazu, weltweit eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Anteil der Befragten, die sehr grosse Chancen sehen, in Prozent.



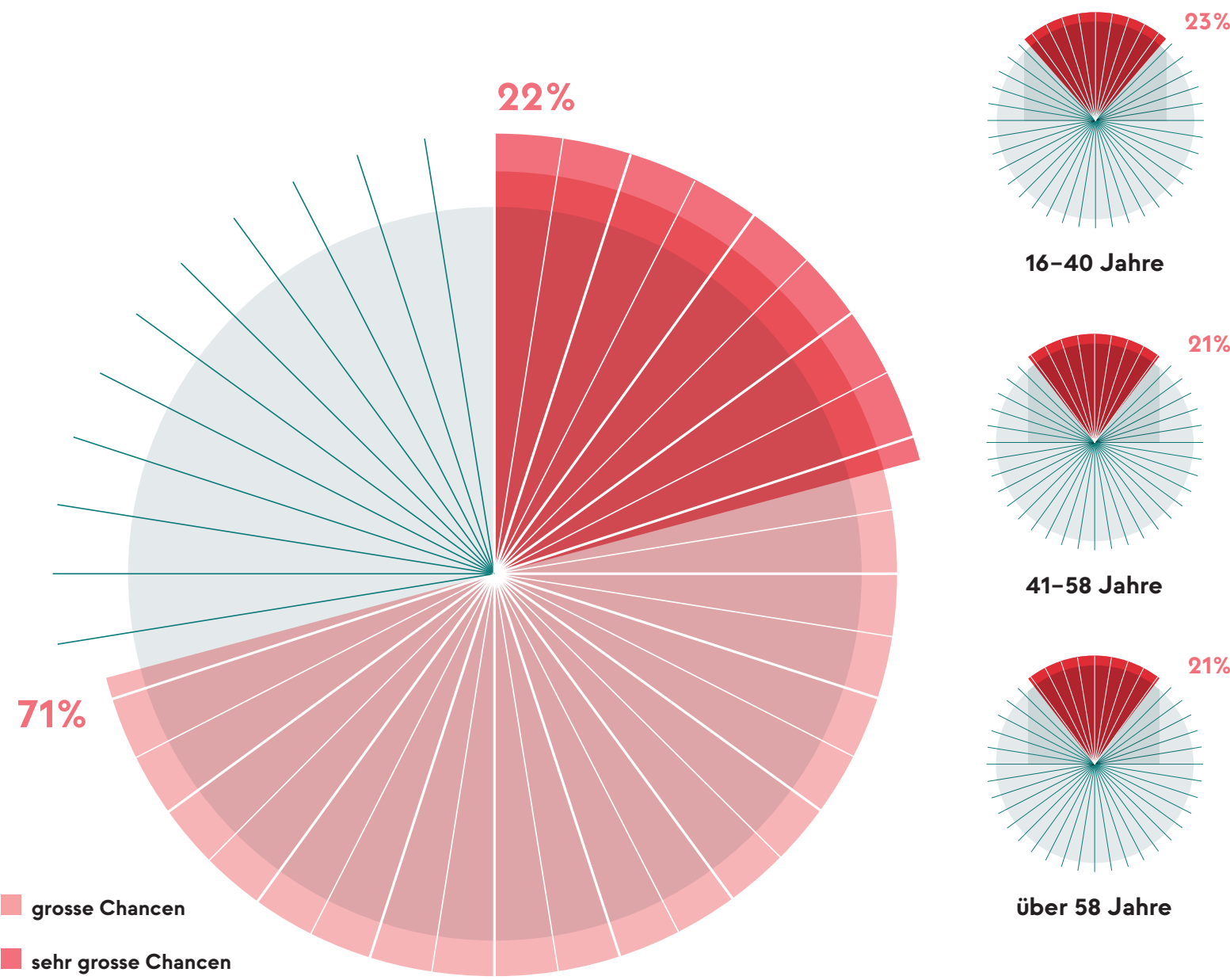
Technische Eckdaten der Befragung:
Grundgesamtheit: Einwohner:innen der Schweiz ab 16 Jahren, die einer der drei Hauptsprachen mächtig sind.
Befragungszeitraum: 13. Mai bis 8. Juni 2022
Datenerhebung: DemoSCOPE-Panel (N = 919) und Online-Opt-in (N = 5'430) per freien Zugang über die sozialen Netzwerke sowie Online-News-Plattformen.
Für die Methode der Datenerhebung wird in den einzelnen Auswertungen jeweils kontrolliert.

Die Schweiz als Mitgestalterin Europas

Die Zukunft der Beziehungen zur EU stellt die Schweiz derzeit vor grosse Herausforderungen. Dies erkennt die Bevölkerung an, 29 Prozent sehen beim EU-Dossier sehr grossen Handlungsbedarf, das sind 10 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Insgesamt finden 71 Prozent, dass das EU-Dossier «grosse Chancen» birgt; 22 Prozent erkennen gar «sehr grosse Chancen» – mehr als in den Vorjahren. Mit 23 Prozent sind Personen unter 40 Jahren etwas optimistischer als ältere Generationen. Obwohl beitriffs-

fähig, ist die Schweiz kein EU-Mitglied. Dabei ist das Land geschichtlich, geografisch und in seiner Kultur ein europäisches Land par excellence. Mit dem Willen und dem Mut, anders zu sein, kann die moderne Schweiz selbstbewusst Europa mitgestalten. Behauptet sie ihre Eigenständigkeit nicht gegen, sondern als Teil von und im Dienst für Europa, kann sie mit pragmatischen, kreativen Ideen ganz Europa inspirieren und zur Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen beitragen.

Anteil der Befragten, der grosse bzw. sehr grosse Chancen sieht, in Prozent.



Sample Grösse: Alle Grafiken beziehen sich auf das gesamte Sample von 4'349 Befragten, ausgenommen die Grafik oben auf der Rückseite.
(Hohes Vertrauen: 2'246 Befragte; geringes Vertrauen: 2'093 Befragte | Hohe Verbundenheit: 2'963 Befragte; niedrige Verbundenheit: 1'362 Befragte | Hohes Interesse: 3'681 Befragte; geringes Interesse: 654 Befragte).
Geschätzter Fehlerbereich: Unter der Annahme einer Zufallsstichprobe beträgt der maximale Fehlerbereich +/- 1.5 Prozentpunkte (bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit).

1 × Beziehung, bitte!

CHANCENBAROMETER
2022

Klartext EU

Kaum ein anderes Thema wird von der Politik so mutlos angegangen wie die Beziehungen zur Europäischen Union. Es ist klar, dass eine Lösung gefunden werden muss – aber bitte keine Diskussion kurz vor den Wahlen 2023. Zu heikel. Zu riskant. Mit dem vorliegenden Magazin «Chancenbarometer 2022» treten wir an gegen den Stillstand in der Europapolitik. Und für eine offene, erfolgreiche und mit der EU vernetzte Schweiz.

Die Schweiz will kein Rahmenabkommen, und die EU will keine Fortsetzung des bilateralen Weges ohne Klärung der institutionellen Fragen. Welche alternativen Formen der Partnerschaft sind denkbar? Wie können Lösungen in zentralen Streitpunkten wie der Personenfreizügigkeit gefunden werden? Und auch: Was fürchtet die Schweiz? Hat sie nicht wiederholt ihre Leistungsstärke, Lösungsorientiertheit und Innovationskraft unter Beweis gestellt?

Das diesjährige Chancenbarometer zeigt: Die Schweizer:innen sind offener für Lösungen jenseits des bilateralen Weges, als es die politische Diskussion vermuten lässt. Mit unserem Umfrageexperiment zeigen wir auf, unter

welchen Bedingungen die Schweizer Bevölkerung ein Abkommen zur Personenfreizügigkeit akzeptieren könnte. Und wir zeigen, dass eine klare Kommunikation der Konsequenzen einer Politik, die am Status quo festhält, ein Umdenken bewirken und rote Linien verschieben kann.

Es öffnet sich ein Fenster in der Schweiz für eine zukunftsfähige Beziehung mit der EU. Das Fenster schliesst sich wieder, wenn Menschen keine Antworten auf ihre Fragen erhalten. Das Chancenbarometer will den Schweizer:innen Gehör verschaffen und die Entscheidungsträger:innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dabei unterstützen, kreativ und konstruktiv um die besten Antworten auf die EU-Frage zu ringen.



Tina Freyburg

Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft,
Universität St.Gallen

Die Schweiz ist bereit für eine Lösung der EU-Frage

In acht Schritten vom Tabubruch zum Aufbruch.

Mit einem Experiment die strittigen Punkte der Personenfreizügigkeit knacken. Bürger:innen sagen, welche Schutzmassnahmen erforderlich wären, damit sie ein Abkommen akzeptieren.

ab Seite 10

1

Die breite Zustimmung zu den Bilateralen Verträgen schliesst eine Neugestaltung der EU-Beziehungen nicht aus. Schweizer:innen sind offener für alternative Wege, als gemeinhin angenommen.

ab Seite 6

2

Ein Freizügigkeitsabkommen, das im Einklang mit EU-Regelungen ist, hat realistische Chancen beim Stimmvolk. Schweizer:innen zeigen sich pragmatisch in ihrer Bewertung der Schutzmassnahmen.

ab Seite 14

3

Die Zeit ist reif für einen schweizweiten Chancendiskurs Europa.

Vier Handlungsempfehlungen für eine vorausschauende Europapolitik.

ab Seite 26

7

Wählerschaft gespalten in der Frage, wie Freizügigkeit geregelt werden sollte. Anhänger:innen linker Parteien bevorzugen andere Regelungen als ihre Mitbürger:innen auf der rechten Seite des politischen Spektrums.

ab Seite 22

5

Aufklärung über wahrscheinliche Folgen von Schutzmassnahmen wirkt. Schweizer:innen bewerten Schutzmassnahmen negativer, wenn ihnen die Folgen für die Beziehungen zur EU bekannt sind.

ab Seite 16

4

Der Schutz vor Arbeitslosigkeit und von arbeitssuchenden Personen ist für die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit entscheidend. Schweizer:innen ist vor allem Verhältnismässigkeit wichtig.

ab Seite 18

6

Schweizer Wähler:innen zeigen sich kompromissbereit beim Lohnschutz. Die Vier-Tage-Regelung findet Zustimmung unabhängig von der politischen Couleur.

ab Seite 24

8

Schweizer:innen sehen sowohl die Vorteile der Bilateralen Verträge als auch die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft.

Bei der Lösung der EU-Frage werden das Tessin sowie die kleinen und mittelgrossen Städte eine Schlüsselrolle spielen.

Poster am Magazin-Ende

+

«Europa muss uns als Chance bewusst sein.»

männlich, 43, Meilen (ZH)

Zustimmung der Befragten
Anteil in Prozent

Zutaten für mutige Europapolitik vorhanden

46 Prozent der Schweizer:innen vertrauen der EU. Damit ist das Vertrauen in die EU in der Schweiz etwa genauso gross wie in der EU selbst (s. Eurobarometer 2022). Ein Grossteil der Bevölkerung interessiert sich für Europapolitik. Der schweizerische Chancensblick (s. Chancenplakat), das Interesse und das Vertrauen der Schweizer:innen in die EU sowie ihre Verbundenheit mit Europa sind ideale Voraussetzungen für eine nach vorn gerichtete Europadebatte. Sie laden die Schweizer Politik dazu ein, bei der Gestaltung der EU-Beziehungen mutig voranzugehen und Neues auszuprobieren. Die Zeit drängt. Ein Zuwarten in der Europapolitik bringt der Schweiz klare politische und wirtschaftliche Nachteile.

Keine Tabus mehr

**Weiterhin breiter Zuspruch für den bilateralen Weg.
Tabu einer EU-Mitgliedschaft gebrochen.**

Da die EU von einem späteren Beitritt ausging, stimmte sie dem Sonderweg als Übergang zu. Die Schweiz ist gut damit gefahren. Der bilaterale Weg ermöglichte auf sie zugeschnittene Beziehungen. Das Chancenbarometer bestätigt: Für 85 Prozent der Bürger:innen sind die Bilateralen wichtig. Der Bundesrat will diesen Weg fortsetzen. Institutionelle Fragen wie die dynamische Rechtsübernahme, die Streitbeilegung und Schutzmassnahmen sollen aus Sicht des Bundesrats für die einzelnen Bereiche separat geregelt werden. Die EU duldet den Sonderweg nur noch, wenn diese Fragen gesamthaft geklärt sind.

Während Alternativen zum Bilateralismus jahrelang tabu waren, ist in der Bevölkerung eine neue Offenheit zu beobachten. Das Chancenbarometer zeigt, dass 38 Prozent die Schweiz als Profiteurin einer Mitgliedschaft sehen. Die Befragten wünschen eine ehrliche Debatte über Vor- und Nachteile verschiedener Wege. Parlamentarier:innen und Zivilgesellschaft üben vermehrt Druck auf die Regierung aus, undogmatisch in Verhandlungen zu treten. Unsere Befunde unterstützen einen «Chancendiskurs Europa».

«Ein gutes einvernehmliches Abkommen mit der EU ist für die Schweiz zwingend.»

männlich, 55, Schwarzsee (FR)



Aus der Schweizer Geschichte lernen

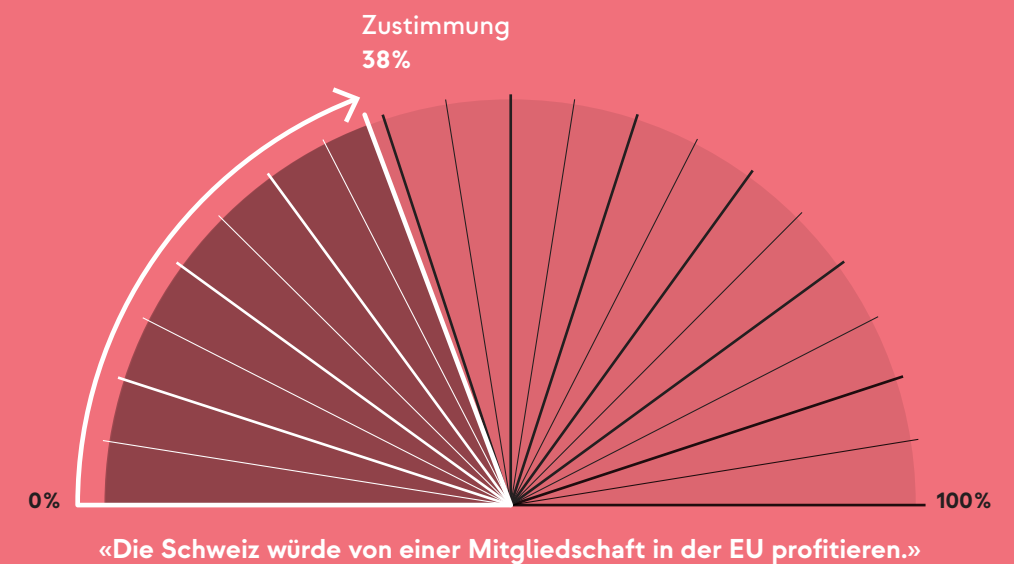
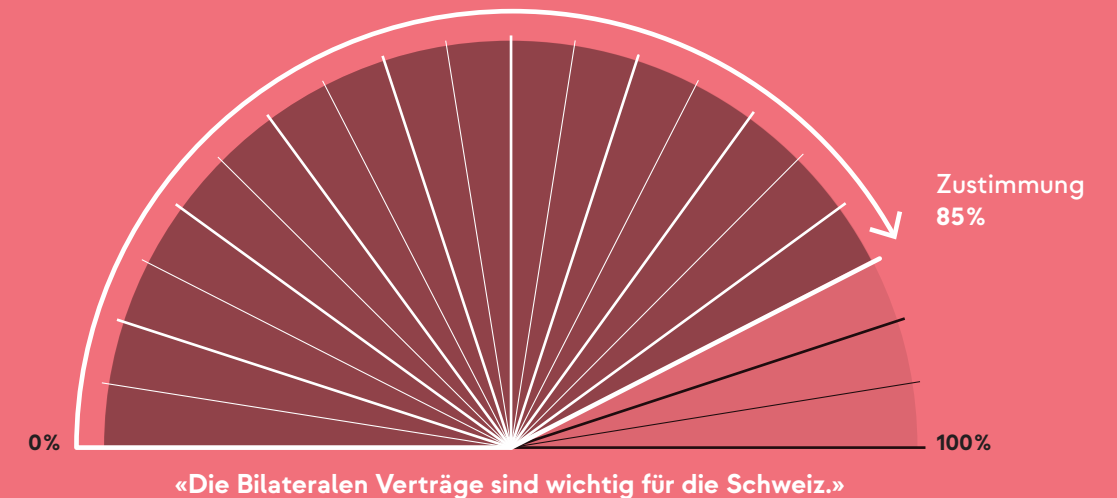
Schweizer Geschichte ist die Geschichte eines langen, von Rückschlägen geprägten Integrationsprozesses – mit vielen Parallelen zur europäischen Einigung. Auch der schweizerische Bundesstaat ist der gelungene Versuch, höchst unterschiedliche, vielfach zerstrittene Gemeinwesen in eine stabile gemeinsame politische Ordnung einzubinden. Damit verschafften sich die Kantone mehr Sicherheit, mehr Einfluss sowie mehr Handlungs- und Verhandlungsmacht, ohne ihre Autonomie bzw. Souveränität zugunsten einer forcierten Zentralisierung preiszugeben. Die Kenntnis der Schweizer Geschichte sensibilisiert für die Chancen und Herausforderungen einer Schweiz in Europa.

André Holenstein

Professor für ältere Schweizer Geschichte und vergleichende Regionalgeschichte
Universität Bern

Bilaterale Verträge oder EU-Mitgliedschaft?

Überwältigende Mehrheit für den bilateralen Weg. Öffnung gegenüber EU-Beitritt.



Die Schweizer:innen halten die Bilateralen Verträge mit der EU grossmehrheitlich für «wichtig». Die Frage, ob die Schweiz auch von einer Mitgliedschaft profitieren würde, wird kontroverser gesehen. Eine Mehrheit der Bevölkerung steht einem EU-Beitritt der Schweiz skeptisch gegenüber; 38 Prozent sehen Vorteile in einer Mitgliedschaft.

3%

der SVP-Anhänger:innen
vs.

81%

der SP-Anhänger:innen
sehen die Schweiz als Profiteurin
eines EU-Beitritts.

Der europapolitische
Alltag der Schweiz

Der bilaterale Weg unterscheidet sich von einer EU-Mitgliedschaft vor allem darin, dass die Schweiz über die Übernahme von EU-Regeln von Fall zu Fall entscheidet und nicht in supranationale Entscheidungsstrukturen der EU eingebunden ist. Doch auch ohne automatische Rechtsübernahme passt sich der Bund laufend EU-Recht an. Zwischen 1990 und 2010 hat sich die Schweiz in 40 Prozent aller Gesetzesrevisionen eng an die EU angelehnt (Jenni, 2016). Sie hat also EU-Regelungen passiv übernommen – um wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden, ohne aber ein nennenswertes Mitspracherecht zu haben. Denn bei der Formulierung von EU-Recht und seiner dynamischen Fortentwicklung hat die Schweiz keinerlei Mitentscheidungsrechte. Die schweizerische Politik der Angleichung an EU-Regelungen setzt zwangsläufig auf Lösungen, die auf europäischer Ebene bereits ausgearbeitet wurden. Sie verhindert vertiefte Auseinandersetzungen im Bundeshaus und lässt keinen Raum für eigene Kreativität. Daran würde auch eine Neufassung der Bilateralen Abkommen nichts ändern.

«Über eine Aufnahme in
die EU müsste man zumindest
mal nachdenken.»

männlich, 30, Allschwil (BL)

Solange wir im «Entweder-oder»-Modus
von bilateralem Weg oder Beitritt denken, können wir das
«Sowohl-als-Auch» nicht finden.

Die zunehmende Offenheit der Bürger:innen gegenüber einem EU-Beitritt (s. Seiten 6 und 7) lädt dazu ein, das Verhältnis der Schweiz zu Europa neu zu denken. Schliesslich ist die Schweizer Politik aufgrund der direkten Demokratie besonders darauf angewiesen, die öffentliche Meinung zu erkennen, zu mobilisieren und zu respektieren.

Aufrufe, die EU neu zu denken und zu gestalten, sind so alt wie das Staatesgefüge selbst. Die Debatte birgt Chancen für eine Neuordnung der Schweizer EU-Beziehungen. Welche Spielräume existieren innerhalb der EU? Welche Modelle sind denkbar jenseits klassischer Vollmitgliedschaft und bilateralem Sonderweg? Die differenzierte Integration, bei der Staaten sich zum Binnenmarkt bekennen, aber in bestimmten weiteren Politikbereichen

von einer Integration absehen, wird der europäischen Vielfalt gerecht.

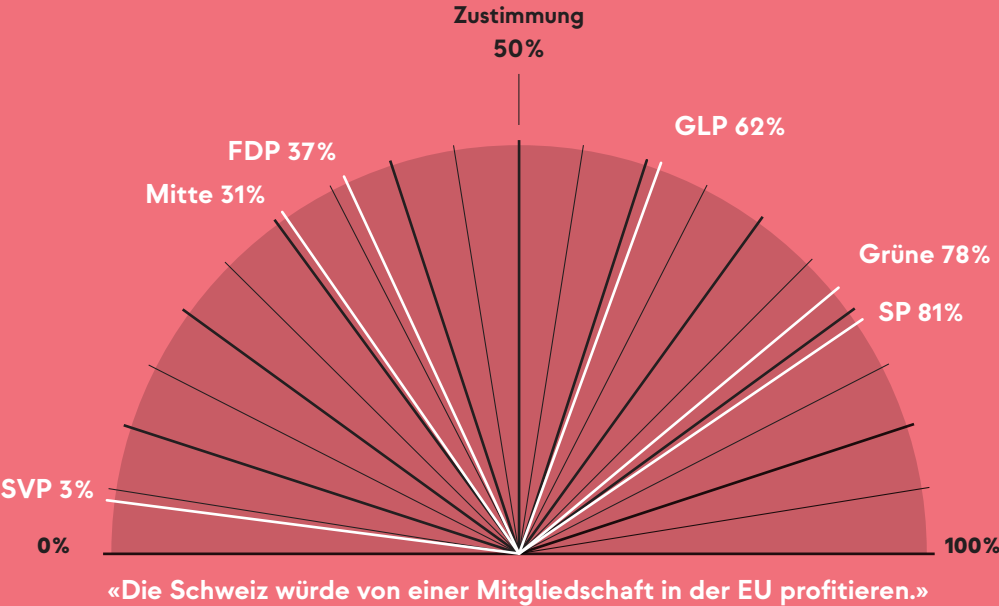
Man denke an die Opt-outs, welche die dänische Regierung aushandelte, damit die Dän:innen 1992 den Vertrag von Maastricht in einem zweiten Referendum doch noch annahmen: Währungsunion, Justiz und Inneres, Unionsbürgerschaft sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Als Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine wurde die Ausnahme im Verteidigungsbereich im Juni 2022 per Referendum abgeschafft. Das dänische Beispiel zeigt: Mitglieder können in sensiblen Bereichen auf eine gleichberechtigte Mitbestimmung zugunsten nationaler Entscheidungsfreiheit verzichten, diesen Status an veränderte Bedingungen anpassen und hierfür das Instrument der Volksabstimmung nutzen.

Es braucht eine Vision dessen, wie sich die Schweiz in Europa
einbringen will und ihren Beitrag zur Gestaltung der gemeinsamen
Herausforderungen leisten kann.

Den politischen Parteien fehlt weitgehend der Mut, kreativ und ergebnisoffen über die Beziehungen zur EU nachzudenken. Gefragt ist eine Vision dessen, wie die Schweiz zur Weiterentwicklung der EU beitragen und damit strittige Punkte wie den Lohnschutz auf europäischer Ebene mitgestalten kann. Mit einem Beitritt würde die Schweiz an Gestaltungsmacht gewinnen; Das dänische Beispiel zeigt, dass der Spielraum in der Beitrittsfrage grösser ist, als öffentlich wahrgenommen wird. Die Parteien und ihre Anhänger:innen neh-

men gegensätzliche Positionen ein. Die SP erneuerte ihr Bestreben, über einen EU-Beitritt zumindest zu reden; dies entspricht, wie das Chancenbarometer zeigt, den Präferenzen ihrer Anhängerschaft. Die SVP und ihre Wählerschaft hingegen lehnen dies rundweg ab. Diese Differenzen können nur durch eine Diskussion der EU-Frage aufgelöst werden, die sich vom Status quo der Bilateralen löst und alternative Wege einer Anbindung sucht. Eine breite Debatte würde der Europapolitik neuen Schwung verleihen.

Links-Rechts-Konkurrenz in der EU-Frage
Öffnung der Parteien rechts der Mitte. Isolation der Anti-EU-SVP



Die grossen Schweizer Parteien kommen untereinander kaum auf einen gemeinsamen Nenner; auch intern ringen sie um eine gemeinsame europapolitische Linie – mit Ausnahme der SVP. Die grösste Schweizer Partei stellt sich klar gegen die EU. Bei den Schweizer Wähler:innen zeigen sich drei Lager: Neben den EU-feindlichen Sympathisant:innen der SVP findet sich eine bürgerliche Allianz aus Anhänger:innen von Mitte und FDP sowie ein linkes Bündnis von Grünen und SP-nahen Bürger:innen. Während ein gutes Drittel der Mitte- und FDP-Wählerschaft eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz als gewinnbringend erachtet, ist es bei ihren linken Mitbürger:innen die überwiegende Mehrheit. Und auch GLP-nahe Personen sehen die Schweiz mehrheitlich als Profiteurin einer EU-Mitgliedschaft.

Knackpunkt Freizügigkeit

**Aussenpolitisch kaum verhandelbar.
Innenpolitisch ein heisses Eisen.**

Dass sich die Menschen innerhalb der EU-Länder frei bewegen können, ist wesentlicher Bestandteil des Binnenmarkts und damit auch der Bilateralen Abkommen. Durch das Freizügigkeitsabkommen erhalten Staatsangehörige der Schweiz das Recht, Arbeitsplatz und Wohnsitz innerhalb der EU frei zu wählen. Und auch EU-Bürger:innen erhalten das gleiche Recht, in der Schweiz zu lernen, zu arbeiten und zu wohnen.

Der Teufel steckt im Detail

Doch mit dem Freizügigkeitsabkommen kann sich nicht jeder EU-Bürger:in einfach in der Schweiz niederlassen. Bei allen wird kontrolliert, ob klar festgelegte Bedingungen erfüllt sind. Beschliesst eine EU-Bürger:in, den Wohnort in die Schweiz zu verlegen, muss sie eine Kranken- und Unfallversicherung abschliessen. Weiter muss sie einen gültigen Arbeitsvertrag vorlegen oder nachweisen, dass sie mit einer selbstständigen Tätigkeit bzw. ihrem Vermögen den Lebensunterhalt für sich (und falls vorhanden auch für ihre Familie) finanzieren kann. Um unerwünschte Nebeneffekte abzufedern, wurden 2004 die flankierenden Mass-

nahmen eingeführt. Sie bestimmen unter anderem, dass die schweizerischen minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden müssen.

Geliebt und gefürchtet:

Die Freizügigkeit mit der EU

Eine überwiegende Mehrheit der Schweizer:innen begrüsst die Freizügigkeit. In den letzten 20 Jahren war sie viermal Gegenstand nationaler Abstimmungen. In drei dieser Abstimmungen wurde die Freizügigkeit von der Stimmbewölkerung gutgeheissen, wobei die abgelehnte «Begrenzungsinitiative» (2020) die angenommene «Massenwanderungsinitiative» (2014) zumindest teilweise korrigierte. Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Freizügigkeit für die Rekrutierung dringend benötigter Fachkräfte essenziell für die Schweizer Wirtschaft ist. Gleichzeitig bestehen in Bezug auf Fragen der Freizügigkeit die grössten Differenzen mit der EU. Innenpolitisch formiert sich hier der grösste Widerstand.

Primär geht es um Details zum Lohnschutz und dem Zugang zu den Sozialwerken für EU-Bürger:innen, das heisst um die Unionsbürgerrichtlinie.

«Eine Beschäftigung von Fachkräften aus der EU sollte möglichst hürdenlos geschehen können.»

weiblich, 36, Zürich (ZH)

«Der freie Personenverkehr für Arbeitnehmer aus der EU sollte möglichst unterbunden werden zugunsten hiesiger Arbeitskräfte.»

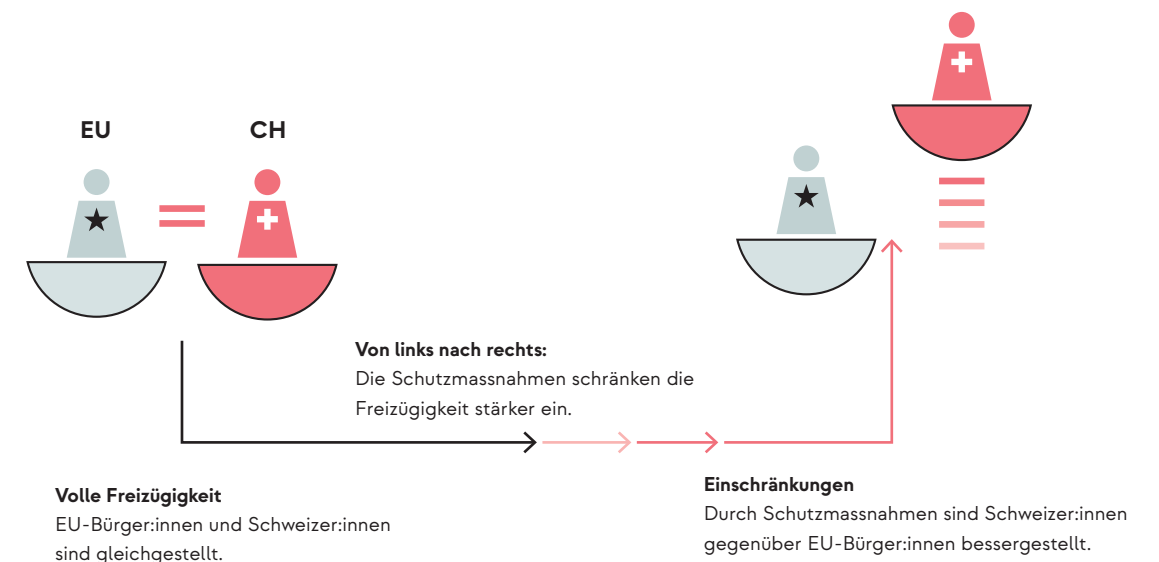
männlich, 50, Kilchberg (BE)

1,4 Mio.

EU-Bürger:innen leben in der Schweiz (BFS, 2020).

500'000

Schweizer:innen leben in der EU (BFS, 2020).



Wie schaffen wir Akzeptanz?

Die Einstellung der Öffentlichkeit zu Themen wie der Freizügigkeit wird häufig mit Ja-oder-Nein-Fragen ermittelt. Bürger:innen können entweder für oder gegen ein Abkommen als Ganzes sein. Es lässt sich daher nicht feststellen, ob sie nur bestimmte Elemente ablehnen – andere aber begrüssen. Unser Umfrageexperiment gibt Aufschluss über die tatsächlichen Präferenzen der Bürger:innen. Die Resultate zeigen, wie ein Freizügigkeitsabkommen mit der EU konkret auszugestalten wäre, damit die Bevölkerung es annehmen kann.

Ausgangspunkt ist die volle Freizügigkeit, bei der Personen mit europäischem und schweizerischem Pass gleich behandelt werden. Nicht Schutzmassnahmen, sondern innenpolitische Massnahmen wie Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften sollen etwaige negative Folgen für den Arbeitsmarkt abfedern. Davon abweichend, nennen wir Schutzmassnahmen, welche die Personenfreizügigkeit unterschiedlich stark einschränken. Diese Massnahmen stellen Schweizer:innen besser als EU-Bürger:innen, die in der Schweiz leben und arbeiten bzw. dies anstreben.

Das Experiment

Konkret haben wir vier Bereiche herausgegriffen, in denen Schutzmassnahmen besonders umstritten sind:

- Festlegung von Höchstzahlen
- Inländervorrang bei Erwerbstätigen
- Regelung des Lohnschutzes
- Zugang zu Sozialwerken

Hinzu kommt die Frage, wann die entsprechenden Massnahmen angewandt werden sollen.

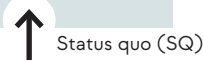
Wir wählten für das Experiment Schutzmassnahmen, die derzeit diskutiert werden und in der Vergangenheit diskutiert wurden, insbesondere im Hinblick auf das Institutionelle Abkommen. Teilweise werden einzelnen Mitgliedsstaaten derartige Massnahmen bereits so oder ähnlich von der EU gewährt. Einige der Bestimmungen entsprechen dem Status quo der gegenwärtigen Bilateralen Abkommen; von anderen ist davon auszugehen, dass die EU ihnen nicht zustimmen wird. Wenn die EU den einzelnen Schutzmassnahmen nicht zustimmt, wird es kein Abkommen geben. Die Konsequenz: Bestehende Verträge mit der EU werden weiterhin nicht aufdatiert und neue, dringend benötigte Abkommen, etwa im Strombereich, nicht geschlossen. Die Schweiz würde ihre Handlungsfähigkeit zunehmend verlieren.

1 Festlegung von Höchstzahlen



Soll die Zahl der EU-Bürger:innen, die ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegen, begrenzt werden?

Volle Freizügigkeit
Die Höchstzahl ist prinzipiell unbegrenzt.



Status quo (SQ)

Einschränkung I
Die Höchstzahl ist begrenzt. Sie wird flexibel auf Grundlage des jährlichen Anstiegs der zugewanderten EU-Bürger:innen bestimmt. Hoch und höchstqualifizierte Personen sind davon ausgenommen.



EU-Konflikt

Einschränkung II
Die Höchstzahl ist begrenzt und wird flexibel auf Grundlage des jährlichen Anstiegs der Zahl zugewanderter EU-Bürger:innen bestimmt.



EU-Konflikt

2 Inländervorrang bei Erwerbstätigen



Sind Schweizer Stellensuchende bei Neueinstellungen gegenüber EU-Bürger:innen, die ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegen wollen, zu bevorzugen?

Volle Freizügigkeit
Schweizer:innen sind nicht zu bevorzugen; sie müssen sich, wie auch EU-Bürger:innen, im freien Wettbewerb behaupten.



SQ

Einschränkung I
Arbeitslose und ausgesteuerte Personen, wohnhaft in der Schweiz, sind zu bevorzugen; sie werden in den ersten vier Wochen einer Ausschreibung vorrangig berücksichtigt.



EU-Konflikt

Einschränkung II
Schweizer:innen sind bei gleicher Eignung prinzipiell zu bevorzugen.

3 Regelung von Lohnschutz



Müssen Unternehmen aus der EU einen Auftrag in der Schweiz vorab melden, um Lohnkontrollen zu ermöglichen und etwaiges Lohndumping zu verhindern?

Volle Freizügigkeit
EU-Unternehmen müssen den Auftrag nicht vorab den Behörden melden. Die in der Schweiz geltenden Vorgaben betreffend Lohnschutz können auch so eingehalten werden.

Einschränkung I
EU-Unternehmen müssen den Auftrag mindestens vier Tage vorab den Schweizer Behörden melden.

Einschränkung II
EU-Unternehmen müssen den Auftrag mindestens acht Tage vorab den Schweizer Behörden melden.



SQ EU-Konflikt

4 Zugang zu Sozialwerken



Haben EU-Bürger:innen, deren Arbeitsverhältnis in der Schweiz unfreiwillig beendet wurde, Anspruch auf Sozialleistungen?

Volle Freizügigkeit
Sie haben Anspruch auf 6 Monate Sozialhilfe, wenn das Verhältnis weniger als 12 Monate dauerte; bei Arbeitsverhältnissen, die über 12 Monate hinaus dauerten, gilt ein unbeschränkter Zugang.

Einschränkung I
Sie haben Anspruch auf max. 6 Monate Sozialhilfe, wenn das Verhältnis mindestens 12 Monate dauerte; bei kürzeren Arbeitsverhältnissen haben sie keinen Anspruch.



SQ EU-Konflikt

Einschränkung II
Sie haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe, unabhängig von der Dauer ihres Arbeitsverhältnisses.



EU-Konflikt

Auf einen Blick: Die Schutzmassnahmen

Das Experiment untersucht, wie stark die vier wichtigsten Schutzmassnahmen zur Freizügigkeit unterstützt werden. Und wann sie angewandt werden sollten.

Zwei Massnahmen sind bereits Gegenstand von Auseinandersetzungen mit der EU: die Regelungen zum Lohnschutz und die Regelungen zur Sozialhilfe. In der Frage des Lohnschutzes beanstandet die EU, dass die achtjährige Voranmeldefrist für Arbeitnehmer:innen, die von einem EU-Unternehmen für die Erledigung eines Auftrags in die Schweiz entsandt werden, gegen das Freizügigkeitsabkommen verstösst. Da ein Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten fehlt und die Schweiz die Verhandlungen des Rahmenabkommens abgebrochen hat, ist die Kontroverse bis heute

ungelöst. Die EU verlangt zudem die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie. Diese Richtlinie ist heikel, weil sie das Anrecht von arbeitslos gewordenen EU-Bürger:innen auf Sozialhilfe ausweitet. In den Verhandlungen zum Rahmenabkommen zeigte sich die EU beim Lohnschutz kompromissbereit, nicht aber bei der Unionsbürgerrichtlinie. Zudem verschärfte sie den Lohnschutz in der EU und verankerte den Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Die Schweiz kann somit den Lohnschutz eigenständig regeln.

↑ **Status quo (SQ)**
Heutige
Regelung

★ **EU-Konflikt**
Regelung, welche die EU
eher nicht akzeptierte

TIMING DER SCHUTZMASSNAHMEN



Wann sind die Schutzmassnahmen (1 bis 4, links) anzuwenden?

Volle Freizügigkeit
Sie sind nur anzuwenden, wenn interne Massnahmen zur Reduktion der Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften und zur Abfederung der Folgen der Einwanderung nicht greifen.

Einschränkung I
Sie können jederzeit bei drastischem Ansteigen der Arbeitslosigkeit, der Zuwanderung aus der EU oder der Bezüge von Sozialhilfe durch EU-Bürger:innen zeitlich begrenzt eingeführt werden.



SQ

Einschränkung II
Sie sind während der ersten beiden Jahre zulässig und können ggf. verlängert werden.

Einschränkung III
Sie sind zeitlich unbeschränkt anwendbar, sofern sie das Funktionieren des Binnenmarkts nicht wesentlich stören, und werden alle fünf Jahre überprüft.



EU-Konflikt

Pragmatismus statt Ideologie

**Schutz des Lohns und der Sozialwerke zweitrangig.
Schutz arbeitssuchender Personen entscheidend.**

Die öffentliche Debatte in der Schweiz legt nahe, dass eine Lösung der strittigen Fragen der Personenfreizügigkeit innenpolitisch unrealistisch ist. Frühere Umfragen zum Rahmenabkommen deuten jedoch darauf hin, dass diese Kontroverse überbewertet wird. Die Wählenden sind für die primär ideologisch geführte Argumentation wenig empfänglich. Wie muss demnach ein Freizügigkeitsabkommen mit der EU ausgestaltet sein, damit es vor dem Schweizer Stimmvolk Chancen hat? Das Chancenbarometer fragt nach und legt die unterschiedlichen Positionen zur fiktiven Abstimmung vor.

«Personenfreizügigkeit à la Suisse»

Das Chancenbarometer zeigt: 48 Prozent der Befragten würden mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50 Prozent für ein Abkommen stimmen, das den Vorstellungen der EU entspricht und keine oder nur wenige Einschränkungen der Freizügigkeit vorsieht. Wenig mehr – 51 Prozent – würden ein Abkommen akzeptieren, das konsequent Schweizer:innen gegenüber EU-Bürger:innen bevorzugt. Eine knappe Mehrheit des Schweizer

Stimmvolks befürwortet damit gewisse Einschränkungen der Personenfreizügigkeit. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen in einer nationalen Abstimmung angenommen wird, erhöht sich nur um 2 Prozent, wenn es sich dabei um das «CH-first»-Abkommen mit weitreichenden Schutzmassnahmen handelt.

«Heisse Eisen» doch nicht so heiss?

Welche Einschränkungen beeinflussen die Entscheidung, ein Abkommen abzulehnen oder anzunehmen? Die Einzelbetrachtung der Massnahmen macht deutlich, dass es sich hierbei nicht um die beiden «heissen Eisen» der Regelung des Lohnschutzes bzw. des Zugangs zu den Sozialwerken handelt. Mögliche Höchstzahlen würden den Ausgang einer Abstimmung nicht verändern. Statistisch signifikant beeinflusst einzig der Vorrang arbeitsloser Personen bei Neueinstellungen die Präferenz der Befragten. Sieht ein Abkommen diese Regelung vor, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit um 1 Prozent, dass es angenommen wird.

Aktuelle Situation

Bereits heute profitieren Arbeitnehmer:innen, die in einem Arbeitsvermittlungszentrum registriert sind, während fünf Werktagen von einem frühzeitigen Zugang zu Stellenausschreibungen. Dieser Vorrang arbeitssuchender Personen umfasst auch EU-Bürger:innen, die in der Schweiz leben und nachweislich eine neue Stelle suchen. Eine solche Einschränkung könnte daher weiterhin die Akzeptanz der EU finden.

«Ich bin dafür, dass arbeitslose Schweizer:innen (insbesondere Senior:innen) im Arbeitsmarkt bevorzugt behandelt werden.»

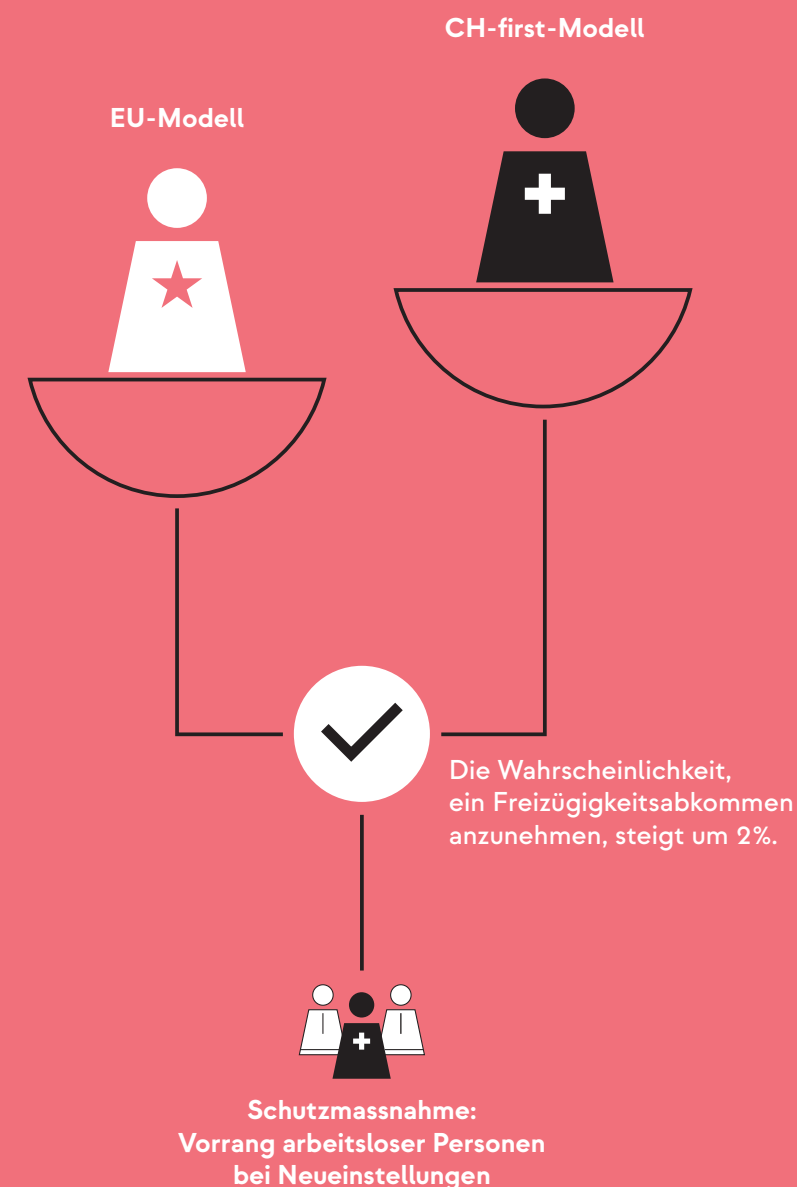
weiblich, 31, Le Lignon (GE)

«Wichtig ist, dass die Schweiz pragmatische Lösungen sucht und nicht auf Dogmen von links (Lohnschutz) und rechts (Unionsbürgerrichtlinie) beharrt.»

männlich, 63, Rüschlikon (ZH)

Schweizer:innen zuerst

Schutzmassnahmen erhöhen Akzeptanz. Vorrang für Arbeitssuchende.



Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweizer Stimmbevölkerung ein bestimmtes Abkommen in einer nationalen Abstimmung annimmt, erhöht sich um 2 Prozent, wenn das Abkommen konsequent Schweizer:innen gegenüber EU-Bürger:innen bevorzugt und entsprechend weitreichende Schutzmassnahmen definiert. Sieht ein Abkommen nur geringe Einschränkungen der Freizügigkeit vor, verringert sich die Wahrscheinlichkeit der Ja-Stimmen um weniger als 2 Prozent. Im Unterschied zum CH-first-Modell ist beim EU-Modell dieser Effekt nicht signifikant. Besonders wichtig ist den Befragten, dass arbeitslose Personen bei Neueinstellungen bevorzugt werden – eine Massnahme, die von der EU akzeptiert werden könnte.

Aufklärung wirkt

**Geringes EU-Wissen in der Schweiz.
Information über Konsequenzen bewirkt Umdenken.**

«Die Schweiz in Europa» ist Teil des Lehrplans 21. Doch das EU-Wissen ist dünn (Ziegler, 2021). In der politischen Bildung wird kaum thematisiert, wie unterschiedlich die Interessen der Mitgliedstaaten sind und welche Aus-handlungsprozesse die Entscheidungsfindung prägen. Wie im öffentlichen Diskurs wird auch in den Schulen verschleiert, wie stark die Schweiz bereits heute in die EU integriert ist.

Investitionen in die Europabildung ...

Nicht nur die Schweizer Jugend weiss wenig über die EU. Bloss 4 Prozent der Befragten haben alle sechs Wissensfragen des Chancenbarometers richtig beantwortet. Nur 20 Prozent der Befragten verstehen beispielsweise, dass der Zugang der Schweiz zum europäischen Strommarkt nicht geregelt ist. Immerhin 51 Prozent ist bekannt, dass bei der Weiterentwicklung des Rechtsbestands, den die Bilateralen Verträge abdecken, die Schweiz ein Mitsprache-, aber kein Mitentscheidungsrecht hat. Dennoch: Die in der Schweizer Bevölkerung weit verbreitete Unkenntnis legt nahe, dass sich wenige der Folgen bewusst sind, die das Beharren auf be-

stimmten Schutzmassnahmen für die Beziehungen zur EU und damit für die Zukunft der Schweiz haben kann. Ein Auslaufen des bilateralen Weges ohne Neuregelung riskiert einen fortgesetzten Ausschluss aus der Forschungszusammenarbeit, die weitere Nichtanerkennung von Zulassungen wie in der Medizintechnik und womöglich den Zugang zum Binnenmarkt.

... erleichtern eine aufgeklärte Europapolitik

Wird ein Abkommen anders bewertet, wenn seine Konsequenzen bekannt sind? Etwa ein Drittel der Befragten ist weniger geneigt, ein Abkommen anzunehmen, wenn sie wissen, dass die EU diesem kaum zustimmen wird und was dies für die Schweiz bedeutet. Bürger:innen mit den Folgen ihrer Entscheidungen zu konfrontieren, gehört zu den schwierigsten Aufgaben der Politik. Das Chancenbarometer zeigt: Schweizer:innen setzen sich mit den Realitäten auseinander und entscheiden pragmatisch. Ihre Aufgeschlossenheit gegenüber unbequemen Wahrheiten kann ein Ansporn für eine EU-Politik ohne Scheuklappen sein.

«Hauptsache ein Abkommen!»

weiblich, 49, Dättlau (ZH)

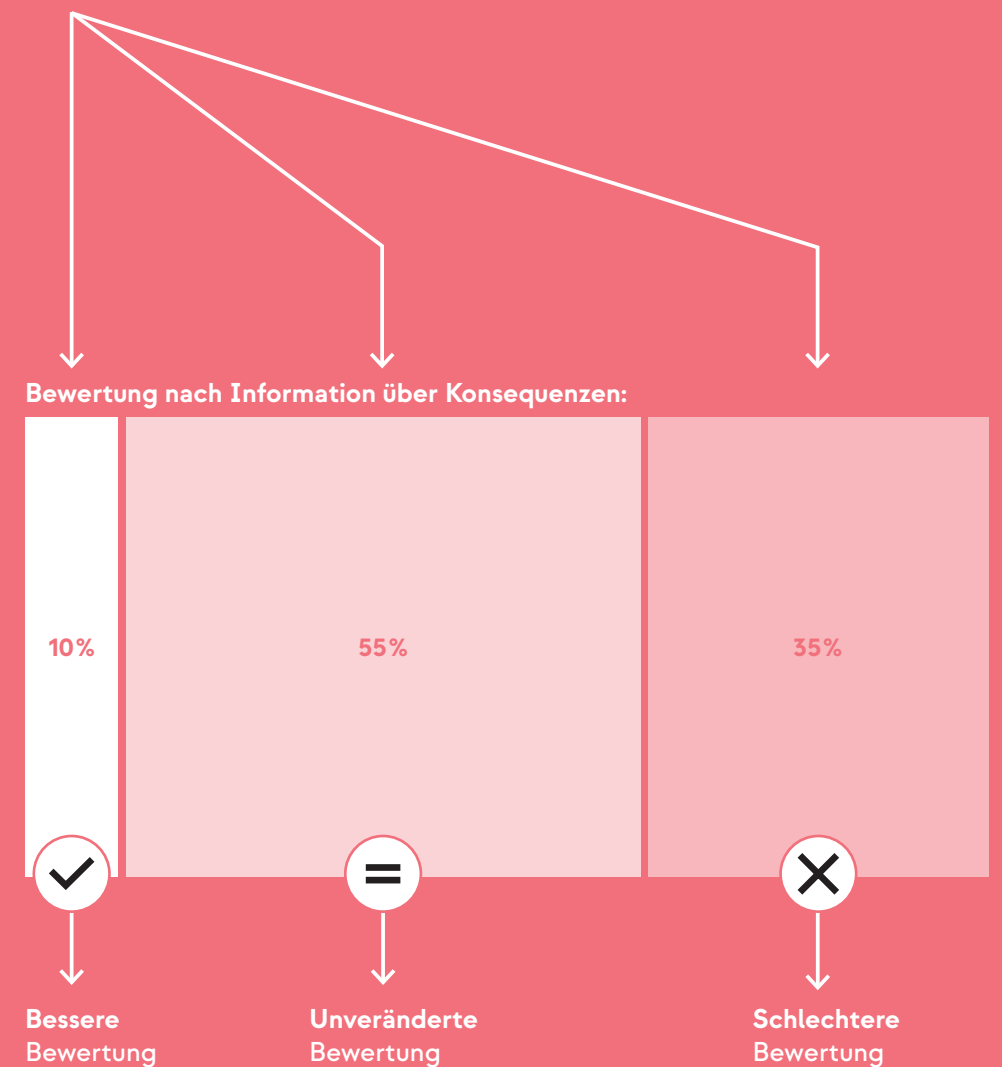
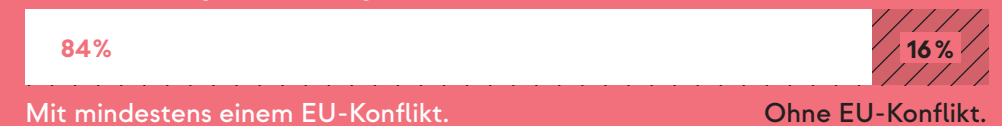
4% der Befragten beantworteten die EU-Fragen des Chancenbarometers richtig.

35% der Befragten gaben an, sich sehr für Europapolitik zu interessieren.

Schutzmassnahmen auf dem Prüfstand

EU-Position ist entscheidend. Umdenken durch Aufklärung möglich.

Von den Befragten bevorzugte Abkommen:



84 Prozent der von den Befragten bevorzugten Abkommen enthalten mindestens eine Regelung, welche die EU eher nicht akzeptierte. Für 55 Prozent der Befragten ist diese Information nicht entscheidend. 10 Prozent gaben sogar eine höhere Wahrscheinlichkeit an, das Abkommen anzunehmen. Für 35 Prozent minderte das Wissen um die Folgen einer möglichen Ablehnung durch die EU die Attraktivität eines Abkommens.

Mit Augenmass 1

Umdenken bei Unverhältnismässigkeit.
Prinzipielle Diskriminierung negativer bewertet.

Mögliche Massnahmen unterscheiden sich darin, inwieweit sie die Personenfreizügigkeit zum Schutz der Schweizer Arbeitnehmenden und des Arbeitsmarkts einschränken. Einige Regelungen, wie etwa der Inländervorrang, begünstigen Schweizer:innen, indem sie ihnen einen Informationsvorsprung bei ausgeschriebenen Stellen gewähren. Andere Regelungen grenzen EU-Bürger:innen aus, indem sie ihnen den Zugang zu den Sozialwerken grundsätzlich verwehren. Das Chancenbarometer zeigt: Schweizer:innen sind bereit, ihre Bewertung eines Abkommens im Hinblick auf dessen Folgen zu überdenken, wenn es eine Bestimmung enthält, die die Freizügigkeit für EU-Bürger:innen kategorisch einschränkt und damit die Zustimmung der EU gefährdet.

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen schlechter bewertet wird als zuvor, steigt, wenn das Abkommen keinen Zugang zu Sozialleistungen für EU-Bürger:innen vorsieht oder wenn die EU-Zuwanderung über Kontingente gesteuert wird. Die Befragten erkennen offenbar die Unverhältnismässigkeit dieser Massnahmen gegenüber den wahrscheinlichen Folgen.

«Wer in Sozialwerke einzahlt, darf bei Bedarf nicht von Leistungen ausgeschlossen werden.»

männlich, 44, Bern (BE)

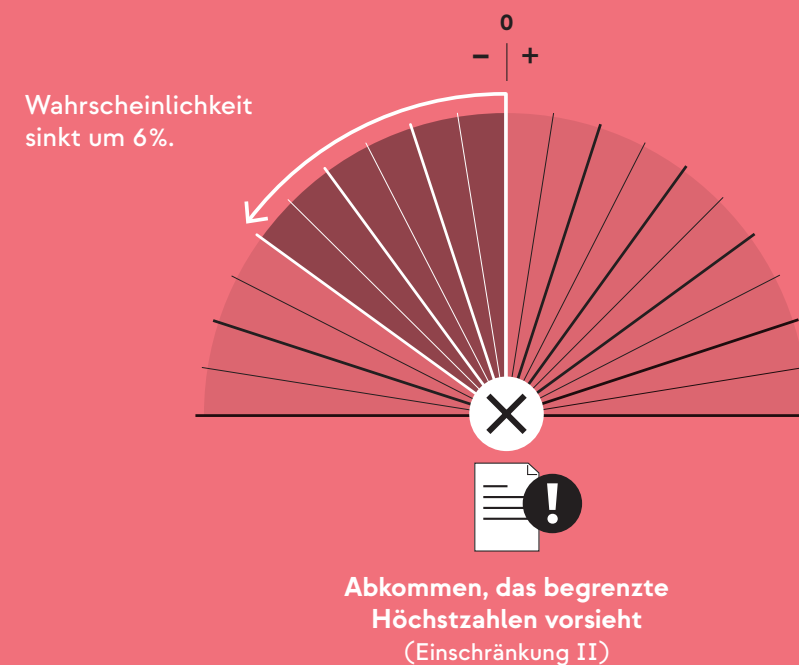
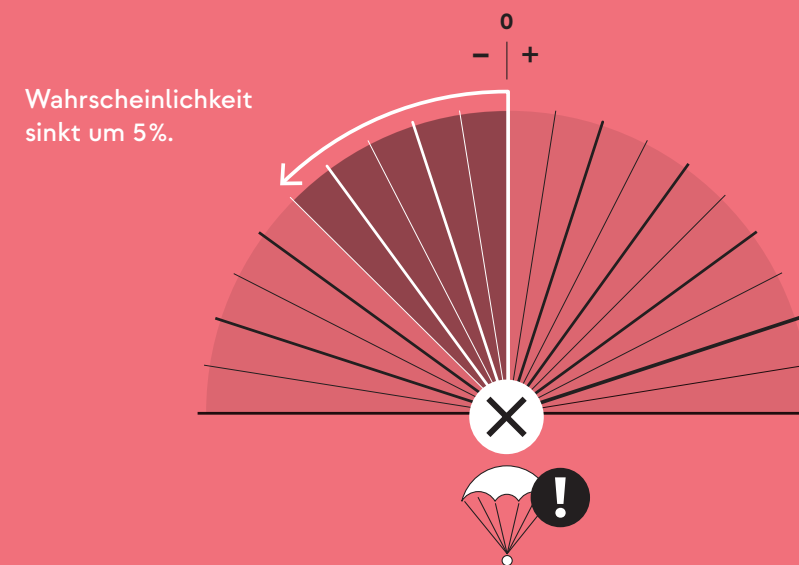


Schweiz, bewege dich!

Hoffen ist keine Strategie. Angesichts Bedrohungen wie Krieg vor unserer Haustür, neuen geopolitischen Blöcken, einer umfangreichen Deglobalisierung und den dramatischen Konsequenzen des Klimawandels darf die Schweiz nicht in einer parteiübergreifenden Schockstarre verharren. Sie muss unter Wahrung ihrer Errungenschaften wie Basisdemokratie, Unabhängigkeit und Freiheit die bestmöglichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, und zwar zusammen mit unseren Handelspartnern in der EU. Eine Kooperation mit der NATO und ernsthafte Gespräche rund um einen EWR-Beitritt sind meines Erachtens notwendig. Wir brauchen ein exzellentes Bildungssystem und wirtschaftsliberale Rahmenbedingungen mit attraktiven Steuermodellen für Innovation, Wachstum und Nachhaltigkeit.

Georges Kern
CEO von Breitling SA

Abnehmende Akzeptanz bei starker Abschottung
Lieber keine kategorischen Diskriminierungen gegenüber EU-Zuwander:innen.



Die Wahrscheinlichkeit, dass das bevorzugte Freizügigkeitsabkommen trotz der mutmasslichen Folgen akzeptiert wird, sinkt um 5 bzw. 6 Prozent, wenn das Abkommen Einschränkungen vorsieht, die grundsätzlicher Natur sind und weit über den Status quo hinausgehen.

Mit Augenmass 2

**Umdenken bei moderatem Einsatz von Massnahmen.
Befristete Anwendungen positiver bewertet.**

Wie die Schutzmassnahmen geregelt sind, scheint wichtiger als das, was sie beinhalten. Sie können dauerhaft sein. Oder sie können zur Anwendung kommen, wenn andere innenpolitische Massnahmen ausgeschöpft sind. Innenpolitische Massnahmen können beispielsweise einer Reduktion der Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften dienen (z. B. die Förderung von Fachkräften oder Standortinvestitionen) oder die Folgen der Zuwanderung abfedern (u. a. Arbeitnehmerschutz, Raumplanung). Hinzu kommen Regelungen, die eine zeitlich befristete oder situative Anwendung von Schutzmassnahmen vorsehen. Solche sind denkbar, wenn die Arbeitslosigkeit drastisch ansteigt, die Zuwanderung aus der EU oder die Bezüge von Sozialleistungen durch EU-Bürger:innen stark zunehmen. Schweizer:innen befürworten eine solche Flexibilität.

Immer schön flexibel bleiben

Laut Chancenbarometer steigt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Befragte:r ein Abkommen bei Kenntnis möglicher Konsequenzen besser bewertet als zuvor, um 3 bzw. 4 Prozent, wenn

das Abkommen Einschränkungen der Freizügigkeit für EU-Bürger:innen während der ersten zwei Jahre bzw. bei einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation vorsieht. Angesichts der knappen Mehrheiten (s. Seiten 14 und 15) ist dieser Effekt nicht zu unterschätzen. Die EU dürfte solche Regelungen akzeptieren. Die Zuwanderung orientiert sich am Arbeitskräftebedarf der Schweizer Unternehmen und korrigiert sich bei schlechter Konjunktur selbst. Auch knüpfen sie an bereits bestehende Regelungen aus dem EU- bzw. EWR-Recht oder dem bilateralen Recht an. Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum gewährt den Vertragsparteien bei «ernstlichen», womöglich länger anhaltenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder ökologischen Schwierigkeiten, unter bestimmten Bedingungen, einseitig geeignete Massnahmen treffen zu können. Die EU dürfte ihre Akzeptanz einer eingeschränkten Freizügigkeit vom Willen der Schweiz abhängig machen, sich politisch stärker zu integrieren.

«Das Wichtigste: keine Regelungen, die starr und fix sind und nicht neu verhandelt werden können.»

männlich, 39, Wil (SG)

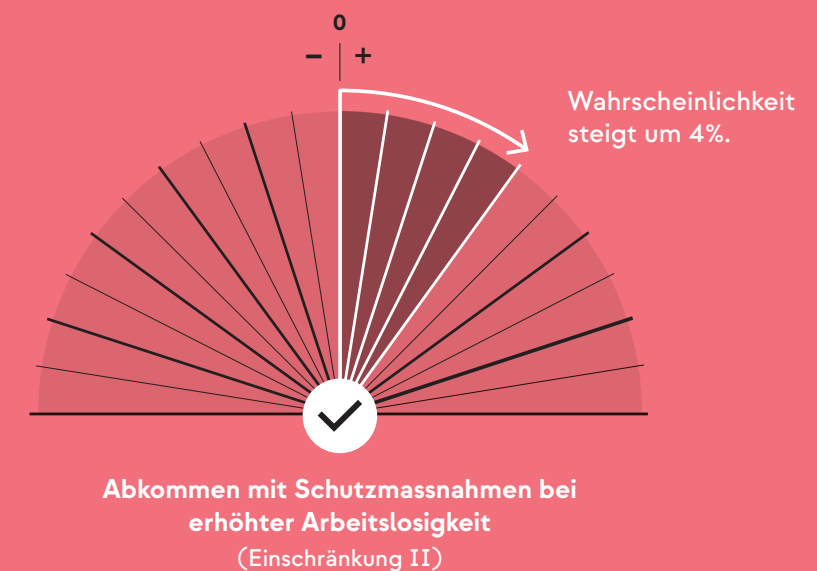
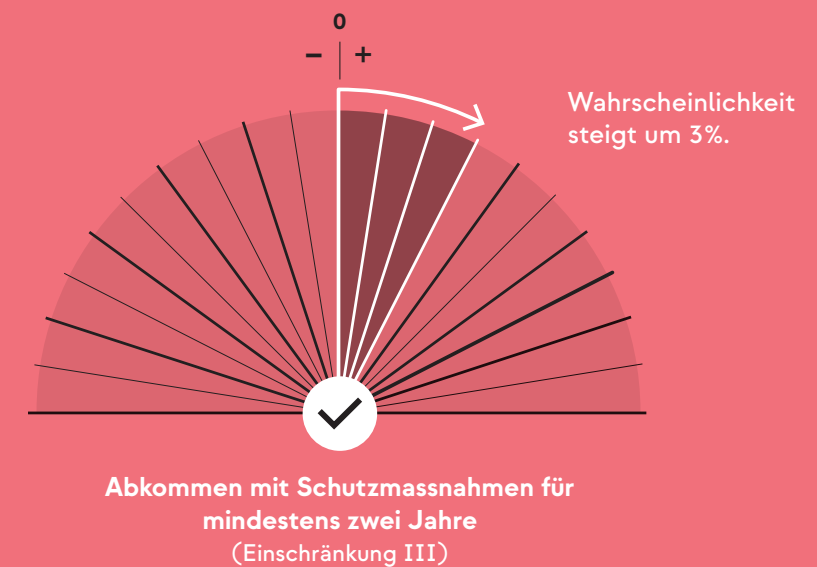
4,4%

der Erwerbspersonen aus der EU/EFTA sind arbeitslos.
(SECO, 2010–2021)

2,7%

der zugewanderten EU/EFTA-Bürger:innen empfangen Sozialhilfe.
(BFS, 2020)

Zunehmende Akzeptanz bei flexiblen Regelungen
Schutzmassnahmen nur wenn nötig. Entscheidend, wie Einschränkung geregelt.



Die Wahrscheinlichkeit, dass das bevorzugte Freizügigkeitsabkommen trotz der mutmasslichen Folgen akzeptiert wird, steigt um 3 bzw. 4 Prozent, wenn das Abkommen vorsieht, dass Schutzmassnahmen situativ und zeitlich beschränkt eingeführt werden können.

EU – die Gretchenfrage

**EU-Frage für Parteien profilbildend.
Ende der Schuldzuweisungen nötig.**

Wenige Themen polarisieren so stark wie das Verhältnis zur EU. Und wenige Themen spielten bei der Entwicklung der Parteien eine so wichtige Rolle. Das betrifft vor allem die SVP, die den Europadiskurs seit 30 Jahren dominiert. Ihr Einfluss führte dazu, dass die Beziehungen in erster Linie als Konfrontation zweier Akteure dargestellt wurden. Es wäre hilfreicher, anzuerkennen, dass die Schweiz längst Teil des EU-Projekts ist und davon profitiert. Das zeigte sich während der innenpolitischen Streitigkeiten rund ums Rahmenabkommen, und es zeigt sich mit Blick auf die bestehenden Streitpunkte der Freizügigkeit.

Alles oder nichts

SP und SVP sind die Parteien, mit dem am stärksten ausgeprägten Europadiskurs. Auch ihre Anhängerschaft liegt in ihren Präferenzen am weitesten auseinander. Sympathisant:innen der SVP nehmen mit einer um fast 19 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit ein Abkommen an, wenn es Schweizer:innen konsequent besserstellt und weitreichende Schutzmassnahmen enthält. Unter SP-nahen Bürgerinnen und Bürgern steigt die Wahrscheinlichkeit, ein

bestimmtes Abkommen anzunehmen, wenn dieses EU-Vorschriften entspricht mit keinen oder nur geringen Einschränkungen der Freizügigkeit.

Du bist schuld! Nein, du! Oder du?

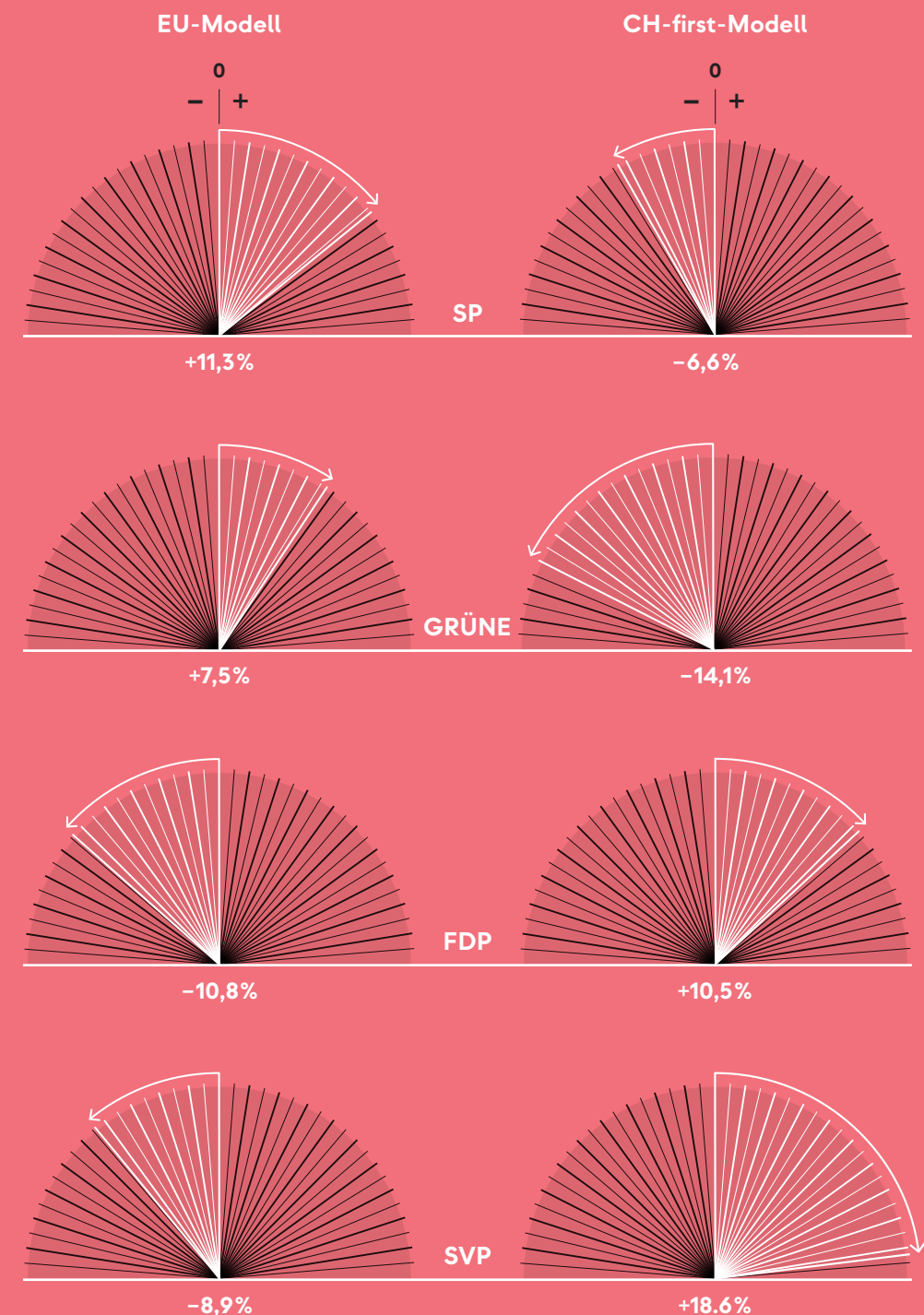
Der Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen ist nicht verwunden. Die beteiligten Parteien schieben einander weiter die Schuld an der verfahrenen Situation zu – seien es die Gewerkschaften oder die Gewerbeverbände und der Bundesrat mit seiner umstrittenen parteipolitischen Zusammensetzung sowieso.

Angeichts der kommenden Wahlen scheuen sich Bundesrat und Parteien vor einer ergebnisoffenen EU-Debatte und plädieren weitgehend für die Fortführung des Sonderwegs. Derweil sucht die EU nach Möglichkeiten, Partnerstaaten enger zu binden. Eine «Europäische politische Gemeinschaft» soll Beitrittskandidaten über die Zusammenarbeit schrittweise integrieren, sei es als Alternative oder als Vorbereitung auf einen Vollbeitritt. Diese Öffnung der EU kann für die Schweiz eine Chance sein. Auf Schweizer Seite braucht es kreative Strategien für die Zukunft.

«Die Beziehung zur EU ist auf einem historischen Tiefpunkt und muss besser werden. Das ist nur möglich, wenn die Parteien, die Presse und der Bundesrat endlich einmal alle positiven Aspekte der EU dem Volk klar machen.»

männlich, 77, Andelfingen (ZH)

Klare Fronten bei den Schweizer Wähler:innen
Freizügigkeit spaltet Parteienlandschaft. Deutlicher Links-Rechts-Graben.



Die pro-europäische Basis von SP und Grünen bevorzugt eine EU-konforme Freizügigkeit; die Mitglieder der SVP lehnen diese ab. Bei der FDP-Anhängerschaft spiegelt sich die Spaltung der Partei wider: Zu etwa gleichen Teilen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein Abkommen annehmen, wenn es dem EU-Modell oder dem CH-first-Modell entspricht.

Gemeinsamer Nenner

Konkurrenz statt Konkordanz in der EU-Frage.
Kompromisse nötig.

Das Erfolgsrezept der Schweizer Politik ist an sich ebenso einfach wie klug: Angesichts einer sehr heterogenen Gesellschaft ist stets ein Ausgleich zu suchen und eine pragmatische Politik der kleinen Schritte zu bevorzugen. Doch was einst selbstverständlich war, erscheint heute schwierig. Dass die schweizerische Konkordanzdemokratie zunehmend wie ein Konkurrenzsystem funktioniert, in dem Wahlerfolge wichtiger sind als parteiübergreifende Problemlösungen, zeigt sich bei der Personenfreizügigkeit. Die Polarisierung und das Beharren auf Extrempositionen bedrohen Kompromisse, die notwendig wären, um eine tragfähige Lösung für eine Schweiz in Europa zu finden.

Nur breite Bündnisse können nachhaltig etwas bewirken

Die Schweizer Stimmberechtigten sind in ihren Präferenzen für ein Freizügigkeitsabkommen gespalten. So zeigt das Chancenbarometer, dass die Wähler:innen von linken Parteien (SP; Grünen) und rechten Parteien (FDP; SVP) insgesamt gegensätzliche Vorstellungen dahingehend haben, wie die Freizügigkeit zu regeln sei. Doch

gerade in der heiklen Frage des Lohnschutzes finden wir eine erstaunliche Übereinstimmung. Unabhängig von der politischen Couleur bevorzugen die Befragten eine Voranmeldefrist für EU-Unternehmen, die in der Schweiz tätig sind. Eine Frist von vier Tagen dürfte die EU akzeptieren, und eine solche Frist ist durch eine Digitalisierung des Meldeverfahrens auch technisch ohne Qualitätsverlust bei den Kontrollen umsetzbar. Es sollte möglich sein, zumindest diesen langjährigen Streit mit der EU in guter Schweizer Manier auf der Basis eines breiten Konsenses zu lösen. Nötig wäre ein Diskurs, der sich nicht auf Probleme fokussiert, sondern die inhaltlichen Interessen der Schweiz in den Blick nimmt und darüber streitet, wie diese in den Beziehungen zur EU erreicht werden können. Innenpolitische Massnahmen, welche einen Deal mit der EU flankieren und die Sozialpartnerschaft stärken, sind eine grosse Chance für eine tragfähige Lösung der EU-Frage.

«Um in der Europapolitik voranzukommen, braucht es eine offene, ehrliche Auseinandersetzung statt kindischem Zanken der politischen Parteien.»

weiblich, 70, Zürich (ZH)

+15%

... steigt für SVP-Wähler:innen die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zu einem Abkommen ohne Zugang zu Sozialwerken für EU-Bürger:innen.

-14%

... sinkt für SP-Wähler:innen die Wahrscheinlichkeit bei gleicher Ausgangslage.

«Vier gewinnt» mit Schweizer Wähler:innen
Konsens beim Lohnschutz. Dissens bei Diskriminierungen.

Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen angenommen wird, sinkt bzw. steigt.

Einschränkung II	SP	GRÜNE	FDP	SVP
 Höchstzahlen	 -5%	 -7%	 +6%	 +11%
 Lohnschutz	 +3%	 +3%	 +4%	 +5%
 Sozialwerke	 -14%	 -13%	 +7%	 +15%

Je weiter rechts eine Person in der Schweiz politisch steht, desto wahrscheinlicher bevorzugt sie ein Freizügigkeitsabkommen mit weitreichenden Schutzmassnahmen. So nimmt eine SVP-nahe Person ein Abkommen mit 15 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit an, wenn dieses EU-Bürger:innen den Zugang zu den Sozialwerken kategorisch verwehrt, statt ihnen Sozialleistungen entsprechend der Dauer ihres Arbeitsverhältnisses zu gewähren. Bei Anhänger:innen der SP und der Grünen sinkt die Wahrscheinlichkeit um 14 bzw. 13 Prozent im Falle einer solchen Schutzmassnahme. Beim Lohnschutz hingegen sind sich die Schweizer Wähler:innen einig: Um Lohnkontrollen zu ermöglichen, müssen EU-Unternehmen, die in der Schweiz einen Auftrag ausführen, diesen vorab melden.

Aktion statt Reaktion

**Visionäre Debatte statt zermürendem Klein-Klein.
Echte Wahlmöglichkeiten schaffen.**

Es ist ebenso einfach wie logisch: Brandschutz ist besser als Brandbekämpfung. Politische Brände entstehen, wenn es kein Konzept für die nachhaltige Pflege einer vertrauensvollen Beziehung gibt. Zwar hat die Schweiz verinnerlicht, dass sie einen Preis zahlen muss, wenn sie am Binnenmarkt teilhaben will. Doch scheut sie sich, die eigene Position im Europadossier radikal neu und in die Zukunft zu denken. Indem sie keine pragmatischen Angebote vorlegt, die sich nicht am erodierenden bilateralen Weg orientieren, riskiert die Schweiz, dass durch das Auslaufen weiterer Abkommen noch grösserer Schaden angerichtet wird und wiederholt feuerlöschende Ersatzmassnahmen wie bei der Teilnahme am Forschungsprogramm notwendig werden. Eine vorausschauende Europapolitik sieht anders aus.

Kein Denkmalschutz für die Bilateralen

Dabei stehen die Chancen für eine tragfähige Neugestaltung der Beziehungen gut. Das Chancenbarometer zeigt: Schweizer:innen vertrauen der EU. Sie sind bereit, ihre europapoliti-

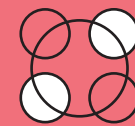
schen Positionen zu ändern, sobald sie die Folgen kennen. 40 Prozent der Befragten sehen den bilateralen Weg als wichtig an und sind der Ansicht, dass die Schweiz von einer EU-Mitgliedschaft nicht profitieren würde. Fast die Hälfte hingegen erachtet die Bilateralen Verträge als wichtig und sieht die Vorzüge einer EU-Mitgliedschaft. Sie betrachtet den bilateralen Weg nicht als Alternative zu stärker integrierenden Beziehungsformen. Die zunehmende Bereitschaft der EU, jenseits einer Vollmitgliedschaft enge Formen der Anbindung anzubieten, öffnet die Tür für kreative Lösungsvorschläge seitens der Schweiz. Statt sich in Detailfragen zu verzetteln, die innenpolitisch gelöst werden könnten, braucht es eine schweizweite, offene Debatte über die Vor- und Nachteile sämtlicher Wege. Es gilt mit klaren Vorstellungen und einer Vision in die Verhandlungen mit der EU einzusteigen. Und der Schweizer Stimmbevölkerung eine echte Wahlmöglichkeit zwischen mindestens zwei zu realisierenden Optionen zu bieten.

Fast die Hälfte der Befragten erachten die Bilateralen Verträge als wichtig und sehen die Vorzüge einer EU-Mitgliedschaft.

Handlungsfähigkeit zurückgewinnen

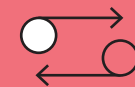
Nach dem Zweiten Weltkrieg rief Churchill in Zürich dazu auf: «Lassen Sie Europa entstehen!» Zehntausende schwenkten Fahnen, warfen Rosen, und die Kinder bekamen schulfrei. Heute, mehr als 75 Jahre später, befindet sich Europa immer noch im Aufbau. Und auch die EU-Freundlichkeit in der Schweiz sollte nicht unterschätzt werden. Es gilt wieder eine positive Vision der Schweiz in Europa zu entwickeln. Eine Vision, die auch anerkennt, was die Schweiz für Europa tut. Und wie sie sich in Zukunft einbringen will.

Vier Handlungsempfehlungen



Alle Optionen auf den Tisch legen

Es gilt, die inhaltlichen (und nicht nur verfahrensbezogenen) Interessen der Schweiz in der Europapolitik zu definieren. Dies allein – und nicht der derzeitige Status quo – sollte Ausgangspunkt für die ergebnisoffene und transparente Diskussion zukünftiger, tragfähiger Beziehungen zur EU sein.



In Aufklärung investieren

Es gilt, in der politischen Diskussion und in der politischen Bildung die Aushandlungsprozesse zwischen Mitgliedstaaten und die Mitentscheidungsmöglichkeiten der Schweiz zu thematisieren (statt nur den historischen Integrationsprozess zu beschreiben). Umfassende Kenntnisse über die Schweiz in Europa sind wesentlich für eine konstruktive Debatte und die Entscheidungsfähigkeit aller.



Eine positive Europavision entwickeln

Es gilt, die Aufmerksamkeit im politischen und gesellschaftlichen Europadiskurs auf das zu richten, was die Schweiz für Europa tut und beitragen kann (und nicht nur darauf, was Europa der Schweiz bringt oder kostet). Wird die Schweiz als gestaltende Partnerin verstanden und weniger als Gegenspielerin der EU, weitet sich ihr Verhandlungs- und Handlungsspielraum.



Die Bürger:innen ernst nehmen

Es gilt, die Stimmbevölkerung und das Parlament an europapolitischen Entscheidungen direkt zu beteiligen (statt ihre Positionen nur zu antizipieren). Um die direktdemokratischen Instrumente produktiv zu nutzen, ist es notwendig, dass sich die politischen Parteien positionieren und echte Wahlmöglichkeiten anbieten.

Befragung und Methode

**Repräsentative Aussagen über die gesamte Bevölkerung.
Faktenbasierte Erkenntnisse.**

Die empirischen Analysen basieren auf einer schweizweiten, jährlichen Onlinebefragung, dem Chancenbarometer. Wir werteten die Umfragedaten mit Hilfe deskriptiv- und inferenziell-statistischer Verfahren aus. Die deskriptiven Ergebnisse in den Grafiken sind gewichtet, um den Unterschieden bezüglich soziodemografischer Merkmale wie Bildungsniveau und Parteizugehörigkeit zwischen unserer Stichprobe und der Schweizer Stimmbevölkerung Rechnung zu tragen.

Einzigartiges Experiment

Die repräsentative Umfrage zu Chancen in der Schweizer Demokratie enthält ein Experiment, das es erlaubt, die Bedingungen zu definieren, unter denen die Schweizer Bevölkerung ein Personenfreiheitsabkommen mit der EU annehmen würde. Die Auswertungen des Experiments erfolgten mit Methoden der Inferenzstatistik. Wir berichten nur die statistisch signifikanten Ergebnisse.

Hierzu wurden den Befragten drei Auswahlaufgaben vorgelegt. Jede Auswahlaufgabe zeigte zwei Abkommen, die nach dem Zufallsprinzip in fünf ver-

schiedenen Regelungen variieren. Die Aufgabe der Befragten war, zu entscheiden, welches der beiden Abkommen sie in einer nationalen Abstimmung annehmen würden, und mit welcher Wahrscheinlichkeit. Ein solches «Conjoint-Experiment» erlaubt es, über alle Befragten hinweg zu berechnen, wie wichtig eine bestimmte Regelung für die Akzeptanz eines Abkommens ist. Wir können zum Beispiel sagen, wie sehr sich die Wahrscheinlichkeit der Annahme eines Abkommens für die durchschnittliche Person ändert, wenn statt der vollen Freizügigkeit eine bestimmte Schutzmassnahme vereinbart wird. Zusätzlich ermittelten wir die Wahrscheinlichkeit, dass die durchschnittliche Person ihre Entscheidung ändert, wenn sie über die möglichen Konsequenzen des bevorzugten Abkommens für die Beziehungen zur EU aufgeklärt wird. Auch berechneten wir, inwieweit die Entscheidung einer Person von ihrer Parteizugehörigkeit abhängt.

Technische Eckdaten

Einwohner:innen der Schweiz
ab 16 Jahren, die einer der drei
Hauptsprachen mächtig sind

Befragungszeitraum

13. Mai bis 8. Juni 2022

Datenerhebung

DemoSCOPE-Panel (N= 919) und
Online-Opt-in (N = 3'430) per freien
Zugang über die sozialen Netzwerke
sowie Online-News-Plattformen.

Für die Methode der Datenerhebung
wird in den einzelnen Auswertungen
jeweils kontrolliert.

Art der Datenaufbereitung

Alle Angaben anpassungsgewichtet
nach soziodemografischen Merkmalen
(Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton,
Siedlungsart, Bildung, Partei) zur mög-
lichst repräsentativen Abbildung der
Bevölkerung.

Sample Grösse:

Total Befragte: N = 4'349 (DCH = 3'102;
FCH = 1'050; ICH = 197)

Geschätzter Fehlerbereich:

Unter der Annahme einer Zufallsstich-
probe beträgt der maximale Fehler-
bereich +/- 1,5 Prozentpunkte (bei
95-prozentiger Wahrscheinlichkeit).

Impressum

Initiant und Trägerschaft

LARIX Foundation. Innovation matters.

Herausgeber

StrategieDialog21 und
Institut für Politikwissenschaft, Universität St.Gallen

Projektleitung und inhaltliche Gesamterstellung

Prof. Dr. Tina Freyburg
Institut für Politikwissenschaft, Universität St.Gallen

Datenerhebung

Sozial- und Marktforschungsinstitut
DemoSCOPE, Adligenswil

Redaktion und Kommunikation,

inkl. Logoentwicklung
ESSENCE RELATIONS AG
Strategische Kommunikation für Unternehmen,
Stiftungen und Führungspersönlichkeiten,
Zürich und Bern

Informationskonzept und Design

Marina Bräm, viz. bybraem, Chur

Weitere Daten und Kontakt

www.chancenbarometer.com

+26'094

fiktive Freizügigkeitsabkommen

+4'349

befragte Schweizer:innen

+344

offene Antworten von
Bürger:innen zur EU-Frage

+23

smarte
Infografiken

+4

konkrete Handlungs-
empfehlungen

+2

vertiefende
Poster

+1

einmaliges
Experiment



«Nun sag',
wie hast du's
mit der EU?»

Die Bilateralen Abkommen werden gemeinhin als ideale Lösung für eine gute Partnerschaft mit der Europäischen Union (EU) gesehen. Die Schweiz muss nicht beitreten, und sie steht nicht abseits. Doch die Bilateralen erodieren. Seit Jahren betont die EU, der Status quo sei keine Option mehr.

Das Chancenbarometer stellt die Gretchenfrage und zeigt: Das Denken in der Schweiz hinsichtlich der Beziehungen zur EU ist nicht schwarz-weiss. Die Schweizer:innen sehen sowohl die Bedeutung des bilateralen Weges als auch die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft.

Wer sind diese Schweizer:innen, die für eine Neugestaltung der Beziehungen offen sind? Was erwarten sie von einer EU-Mitgliedschaft?



Alter



Bildung



Sprachraum

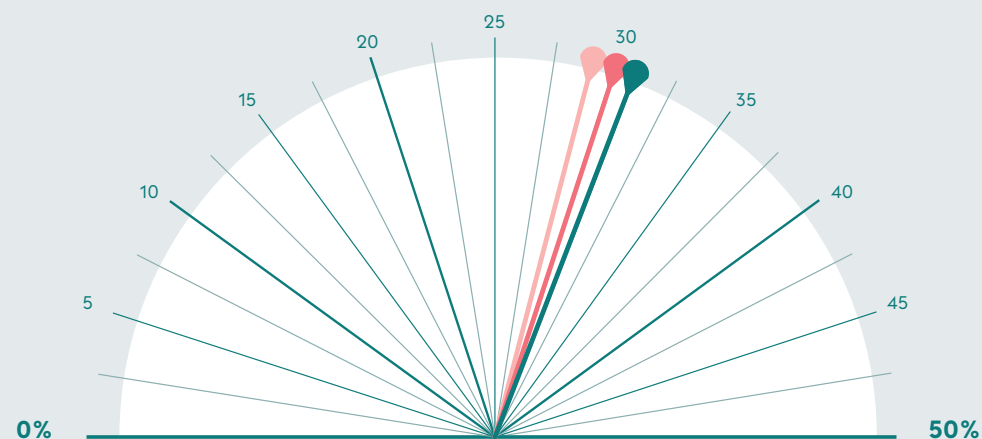


Wohnraum



Alter

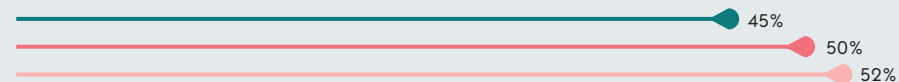
EU-Frage ist keine Generationenfrage



«Ich persönlich würde von einer Mitgliedschaft in der EU profitieren.»

16-40 Jahre 41-58 Jahre über 58 Jahre

Befragte, die den Bilateralen Verträgen zustimmen und gleichzeitig ...



... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem EU-Beitritt **profitieren würde**.



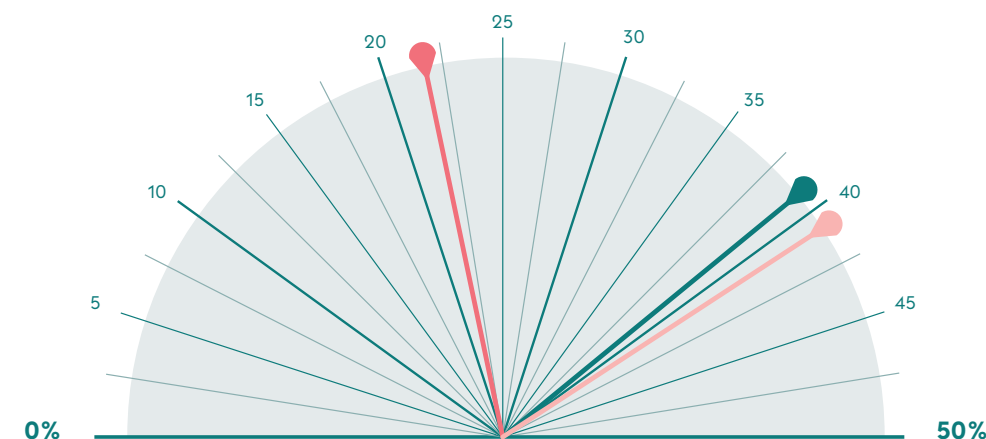
... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem Beitritt **nicht** profitieren würde.

Für Personen unter 40 Jahren mag die EU mehr berufliche Chancen und Möglichkeiten eröffnen als für ihre älteren Mitmenschen. Tatsächlich ist der Anteil der Schweizer:innen, die sich von einer Mitgliedschaft einen persönlichen Nutzen versprechen, bei der jüngeren Generation am höchsten. Generationenübergreifend glauben die Schweizer Bürger:innen, dass sowohl die Bilateralen Abkommen als auch eine Mitgliedschaft Vorteile für die Schweiz bringen. Bei den Senior:innen trifft dies gar auf mehr als die Hälfte zu. Sicher ist: Europapolitik muss Zukunftspolitik sein, die allen Generationen eine Perspektive bietet.



Bildung

Bildung entscheidet, wer persönlich von der EU profitiert



«Ich persönlich würde von einer Mitgliedschaft in der EU profitieren.»

max. obligatorische Schulbildung max. höhere Fach- oder Berufsausbildung Fachhochschule, Universität

Befragte, die den Bilateralen Verträgen zustimmen und gleichzeitig ...



... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem EU-Beitritt **profitieren würde**.

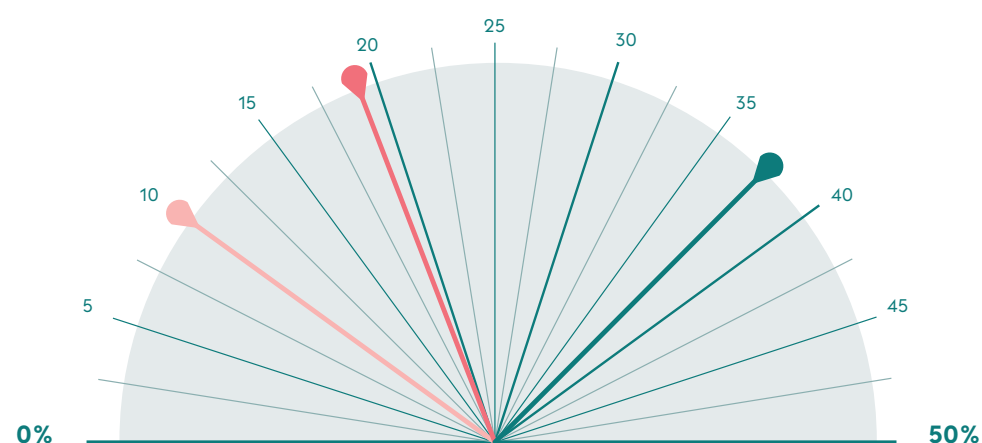


... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem Beitritt **nicht** profitieren würde.

Die Wirtschaftskraft der Schweiz beruht auf der Vielfalt starker kleiner und mittlerer Unternehmen. Für sie sind der EU-Marktzugang sowie Rechts- und Planungssicherheit überlebenswichtig. Während ihre Verbände für gesicherte Bilaterale plädieren, finden 40 Prozent ihres Milieus (v. a. Personen mit höherer Berufsausbildung), dass das Land auch von einer EU-Mitgliedschaft profitieren würde. Weniger erwarten, persönlich zu gewinnen. Im Gegensatz zu Akademiker:innen. Diese geniessen die individuellen Freiheiten stärker; negative Folgen, wie Konkurrenz durch EU-Arbeitnehmende, dürften sie weniger spüren.



Wird die EU-Frage im Tessin entschieden werden?



«Ich persönlich würde von einer Mitgliedschaft in der EU profitieren.»

Deutschschweiz Westschweiz Italienische Schweiz

Befragte, die den Bilateralen Verträgen zustimmen und gleichzeitig ...



... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem EU-Beitritt **profitieren würde**.

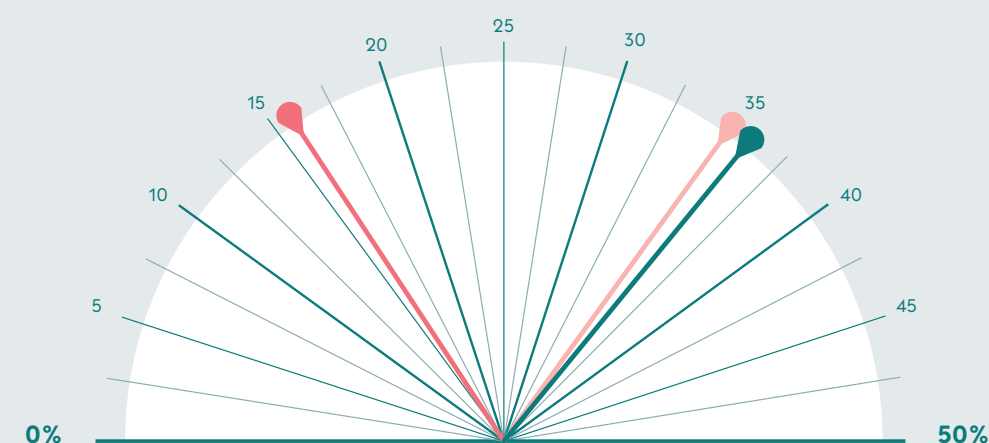


... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem Beitritt **nicht** profitieren würde.

Das Tessiner Stimmvolk entscheidet häufig EU-skeptischer als der Rest der Schweiz. Im Jahr 2000 lehnte es die Bilateralen Verträge ab; 2014 unterstützte es die Masseneinwanderungsinitiative am stärksten. Fast ein Drittel der Tessiner:innen sieht dementsprechend weder den Nutzen des bilateralen Weges noch einer etwaigen EU-Mitgliedschaft. Und nur 10 Prozent sind der Ansicht, dass sie persönlich von einem Beitritt profitieren würden. Der Südkanton ist stärker als andere Kantone betroffen: Das Grenzgängertum drückt die Löhne. Für einen europapolitischen Neustart braucht es eine Mehrheit der Stimmbevölkerung und der Kantone. Das Tessin wird eine Schlüsselrolle spielen.



Kaum ein Stadt-Land-Graben im EU-Dossier



«Ich persönlich würde von einer Mitgliedschaft in der EU profitieren.»

Grossstadt Klein-/Mittelstadt Land

Befragte, die den Bilateralen Verträgen zustimmen und gleichzeitig ...



... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem EU-Beitritt **profitieren würde**.



... der Meinung sind, dass die Schweiz von einem Beitritt **nicht** profitieren würde.

Jeweils gut ein Drittel der Menschen auf dem Land und in den Grossstädten erwarten einen persönlichen Nutzen aus einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz. Im «Dazwischen», das heisst in den kleineren und mittelgrossen Städten mit weniger als 100'000 Einwohner:innen, sind es nur 16 Prozent. Die Schweiz als Land sehen hier 46 Prozent als Profiteurin sowohl der Bilateralen Verträge als auch einer EU-Mitgliedschaft. Zwischen Stadt und Land liegt kein Graben, sondern die schweizerische Normalität der Agglomeration, in der mehr als 80 Prozent der Bevölkerung leben. Möchte man die verbreitete EU-Skepsis im Land verstehen, so sollte man hier ansetzen.

Europabildung stärkt unsere Demokratie

Das Chancenbarometer 2022 belegt, dass die EU-Frage in der Schweiz keine grundsätzliche Generationenfrage ist. Generationenübergreifend ist die Bevölkerung der Ansicht, dass sowohl die Bilateralen Abkommen als auch eine EU-Mitgliedschaft Vorteile für die Schweiz haben. Warum überrascht Sie dieses Resultat nicht?

Weil ich täglich wahrnehme, dass sich der Grossteil der Bevölkerung mit Europa (und der Welt) verbunden fühlt. Ausserdem fokussieren auch in meiner Wahrnehmung Schweizer:innen auf Möglichkeiten und nicht auf Hindernisse und sind entsprechend offen.

Was bedeutet dies für die Schweizer Demokratie Stiftung (SDF) und Ihre tägliche Arbeit?

Es bestätigt, wie wichtig nachhaltige Demokratieförderung und somit das, wofür wir uns mit Herzblut einsetzen, ist. Die Bevölkerung partizipiert gerne, bildet sich Meinungen zu Themen, die nicht nur direkt vor der eigenen Tür stattfinden. Entsprechend wichtig ist es, dass alle Stimmen zu allen Themen abgeholt und gehört werden, nicht nur die lautesten. Die SDF ist bestrebt, die Zusammenarbeit auch in der innereuropäischen Demokratieförderung zu stärken. Dies ist nicht für alle Akteur:innen eine Priorität. Das Chancenbarometer bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

In der Europafrage spielt Bildung eine zentrale Rolle. Das Chancenbarometer zeigt: Es besteht hier eine Lücke! Wie schätzen Sie dies ein?

Stimmt. Schulische und ausser-schulische politische Bildung kommt in der Schweiz leider zu kurz. Dazu gehört auch die europapolitische Bildung. Ohne Grundverständnis für das Schweizer Politiksystem und die internationale Vernetzung unseres Landes sind unsere Europafragen komplex.

Alleinschuldige dafür gibt es nicht. Tatsache ist, dass für immer mehr junge Menschen politische Bildung wichtig ist. Gleichzeitig empfinden sie deren Qualität als ungenügend. Wir als Gesellschaft müssen Verantwortung dafür übernehmen. Es muss vermehrt zur koordinierten Zusammenarbeit sämtlicher Akteur:innen (Bund, Kantone, Schulen, Lehrerschaft, Politiker:innen) auf allen Ebenen kommen.

Gelingt uns dies, profitiert nicht nur die junge Generation: Es profitieren die ganze Schweiz, Europa – und die Demokratie!



Stefanie Bosshard
Geschäftsführerin
Schweizer Demokratie Stiftung

Initiant und Trägerschaft
LARIX Foundation.
Innovation matters.

Herausgeber
StrategieDialog21 und
Institut für Politikwissenschaft,
Universität St.Gallen

**Projektleitung und
inhaltliche Gesamterstellung**
Prof. Dr. Tina Freyburg
Institut für Politikwissenschaft,
Universität St.Gallen

Datenerhebung
Sozial- und Marktforschungsinstitut
DemoSCOPE, Adligenswil

**Redaktion und Kommunikation,
inkl. Logoentwicklung**
ESSENCE RELATIONS AG
Strategische Kommunikation für
Unternehmen, Stiftungen und
Führungspersonlichkeiten
Zürich und Bern

Informationskonzept und Design
Marina Bräm, viz. bybraem, Chur

Weitere Daten und Kontakt
www.chancenbarometer.com

